

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228.

Montag, den 30. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Frage der Tabaksteuererhöhung.

II. (Schluß.)

Jetzt scheinen die allgemeinen Umriffe der kommenden Vorlage, betreffend die Änderung des Tabaksteuergesetzes, schon bestimmtere Gestalten angenommen zu haben. Ungeachtet soll die Vorlage bereits im Oktober dem Bundesrat vorgelegt werden. Man beabsichtigt, einmal den Zoll für fertige Zigarren, der heute schon 270 Mk. für den Doppelzentner beträgt, noch erheblich heraufzusetzen, und gleichzeitig die fertigen im Inlande hergestellten Zigarren nach dem Verkaufswert zu besteuern.

Anscheinend hat man sich, wie das „Berliner Tageblatt“ schrieb, und wie auch die „Germania“ annimmt, dabei von einem Vorschlag leiten lassen, den Dr. Julius Lißner in Breslau in einer Broschüre über die deutsche Tabaksteuerfrage gemacht hat. Lißner will nicht weniger als 52,5 Millionen mit Hilfe einer Bänderrolensteuer auf Zigarren aufbringen. Er schlägt zu diesem Zwecke vier Steuerstufen vor, die in folgender Weise ausgestaltet werden sollen:

Zigarren im Kleinderkaufspreise:	Steuer per Mille:
von 5—4 Pfg. pr. Stück	3,— Mk.
von 5—7 „ „	6,— „
von 8—12 „ „	12,— „
über 12 „ „	24,— „

99 Proz. aller Zigarren stehen auf 6 Pfg. und darunter. Lißner rechnet selbst damit, daß durch seine Steuer aus der 5 Pfg.-Zigarre eine 6 Pfg.-Zigarre und aus der 6 Pfg.-Zigarre eine 7 Pfg.-Zigarre wird. Für die importierten Zigarren soll noch ein besonderer Zoll eintreten. Die Gesamtkosten der Steuererhöhung und -kontrolle werden auf nur 2,5 Millionen geschätzt, so daß noch 50 Millionen der Reichskasse zufließen sollen.

Die Opfer, welche Dr. Lißner mit seinem Zigarrenbänderrolensteuer-Vorschlag den vier Zigarrenraucher-Klassen auferlegen will, legt er folgendermaßen dar:

Der Angehörige der Klasse IV (12½ Proz. aller Zigarrenraucher; die relativ Armen) raucht seine 3 und 4 Pfg.-Zigarren zu demselben Preise weiter wie bisher; eine selbst dem erfahrenen Fachmann kaum merkliche Qualitätsminderung ist nicht absolut ausgeschlossen, aber unwahrscheinlich.

Der Angehörige der Klasse III (76½ Proz. aller Zigarrenraucher; die breite Mittelschicht) muß, wenn er keinerlei Einbuße an der bisherigen Qualität dulden will, statt 5 später 6 Pfg., statt 6 später 7 Pfg. für seine Zigarre bezahlen und hat somit eine jährliche Mehrausgabe von 10 Mk. zu erwarten.

Der Angehörige der Klasse II (10 Proz. aller Zigarrenraucher; die Wohlhabenden) muß, wenn er keinerlei Einbuße an der bisherigen Qualität dulden will, statt 7 später 9 Pfg., statt 8 später 10 Pfg., statt 10 später 12 Pfg. für seine Zigarre zahlen und hat somit eine jährliche Mehrausgabe von 20 Mk. zu erwarten.

Der Angehörige der Klasse I (1 Proz. aller Zigarrenraucher; die Reichen) muß, wenn er keinerlei Einbuße an der bisherigen Qualität dulden will, statt 12 später 15—16 Pfg., überhaupt insgesamt 3½ Pfg. mehr als vorher für seine Zigarre zahlen. Raucht er aber importierte Havana-Zigarren, so muß er 7 Pfg. mehr als bisher für seine Zigarre zahlen. Der Raucher feinsten, in Deutschland hergestellter Zigarren hat somit eine jährliche Mehrausgabe von 35 Mk., der „Importraucher“ eine jährliche Mehrausgabe von 70 Mk. zu erwarten.

Was in dieser Tabelle die jährliche Mehrausgabe der Zigarrenraucher betrifft, so hat der Verfasser seine Berechnung unter Annahme eines Durchschnittskonsums an Zigarren aufgestellt; starke Raucher werden sonach mehr zahlen haben.

Den Rauch-, Kau- und Schnupstabaik will Dr. Lißner von der Steuererhöhung frei lassen. Es soll ja nicht heißen dürfen, daß man das „Pfeifen des kleinen Mannes nicht gebührend schonen wolle“.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, wenn sich auch das Reichsgesetzamt nicht sklavisch an diese Vorschläge binden sollte, so scheint es doch, als ob ihr die Lißnersche Arbeit sehr gelegen gekommen sei. Und die „Germania“ bezeichnet die Lißnerschen Ausführungen als eine „beachtenswerte Vorarbeit“ für die Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfs durch die Regierung. Das Zentrumsbuch sagt den Blockparteiern, sie würden „gut daran tun, sich mit dieser Frage recht bald zu beschäftigen, da sie wahrscheinlich aktuell werden wird, bevor sie dies wünschen“. Das Blatt kommt der Regierung direkt entgegen mit der Bemerkung:

Wir erkennen an, daß in dem Bänderrolensteuersystem mit seiner progressiven Steigerung, mit der Abstufung der Steuer nach dem Wert der Ware ein Moment der sozialen Gerechtigkeit enthalten ist. Von diesem

sozialen Gesichtspunkte aus hat das Zentrum bisher eine Rohabakwerksteuer vorgeschlagen, wobei die billigeren Sorten, insbesondere die eingeführten Stengel und Rippen, im Interesse des „kleinen Mannes“ etwas ermäßigt werden sollen.

Das ist eine sehr merkwürdige „soziale Gerechtigkeit“, die das Zentrumsorgan hier konstruiert aus seinem Bedürfnis heraus, der Regierung auf die Sprünge zu helfen. Man merke wohl: nur die 3 Pfg.-Zigarre soll von der Steuererhöhung verschont bleiben, die kaum noch in Gebrauch ist, während die 5 Pfg.-Zigarre und die 6 Pfg.-Zigarre, die mit 76½ pSt. drei Viertel des gesamten Zigarrenkonsums ausmachen, mit einer Mehrbelastung von 1 Pfg. für jede Zigarre getroffen würde. Das macht im Jahre für einen Mann, der täglich 5 Zigarren zu rauchen gewohnt ist, 5×365 Pfg. = Mk. 18,25 Mehrbelastung. Die „Germania“ selbst muß zugeben, daß diese Mehrbelastung eines Artikels des Massenkonsums dem Artikel 6 des Flottengesetzes widerspricht. Aber trotzdem erachtet sie die von Lißner vorgeschlagene Abstufung als einen Akt der „sozialen Gerechtigkeit“. Das ist die bekannte Zweckmäßigkeitslogik des Zentrums.

Das „Berliner Tageblatt“ sieht die größte Schwierigkeit in der Frage, wie die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie mit der Bänderrolensteuer in Einklang gebracht werden soll. Es ist klar, daß die Bänderrolensteuer, die bereits bei den Zigaretten große Schwierigkeiten machte, sich mit der Heimarbeit nicht vertragen würde. Man scheint deshalb die völlige Beseitigung der Heimarbeit in der Zigarrenindustrie in Aussicht genommen zu haben. Zur Begründung dieser sehr einschneidenden Maßregel führt man soziale Gründe ins Feld. Von „bestunrichteter Seite“ werden dem Blatte darüber folgende statistische Angaben zur Verfügung gestellt:

Im Großherzogtum Baden, von wo die neuesten Berichte der Fabrik-Inspektion über diese Materie vorliegen, zeigt die Zigarren-Industrie, wie vorweg bemerkt sei, nicht allein die größte Zahl von Heimarbeitern überhaupt, sondern sie steht auch in bezug auf die Inanspruchnahme der Kinderarbeit beinahe an erster Stelle. In 28 Amts- und 165 Gemeindegemeinden befinden sich dort 2797 Heimarbeiter, entsprechend 14,87 Proz. der gesamten Heimarbeiterschaft, 9,54 Proz. der gesamten männlichen und 17,25 Proz. der gesamten weiblichen Heimarbeiterschaft. Von diesen 2797 Personen sind 558 (19,77 Proz.) männlichen und 2241 (80,23 Proz.) weiblichen Geschlechts. Unter den Heimarbeitern befanden sich 296 (10,58 Proz.) Kinder unter 14 Jahren, von denen 135 (45,61 Proz.) männlichen und 161 (54,39 Proz.) weiblichen Geschlechts waren. 17,71 Proz. aller männlichen und 15,88 Proz. aller weiblichen Kinder, oder 16,35 Proz. aller Kinder beiderlei Geschlechts werden von der Zigarren-Industrie allein beschäftigt.

Es ist ja bekannt, daß in der Heimarbeit sehr arge, zum Teil geradezu unglückliche hygienische und soziale Mißstände bestehen. Hier herrscht vielfach eine Ausbeutung der Arbeitskraft kleiner Kinder, die in keiner Weise zu verantworten ist. Wenn die Gesetzgebung hier eine Besserung herbeiführt, so ist das vom sozialen Standpunkt aus ein Segen. Aber diese Reform darf nicht dadurch erkauft werden, daß man rücksichtslos so und so viele Tausende Familien einfach brotlos macht; nicht darf sie geschehen auf dem Wege einer neuen Mehrbelastung des Volkes; nicht darf eine Tabaksteuererhöhung das Mittel dazu abgeben.

Daß Lißner seine Vorschläge durchaus auf die Tendenz der Regierung zugeschnitten hat, ist auch unsere Überzeugung. Er will, wie gesagt, die Bänderrolensteuer. Bei den Reichstagsverhandlungen über die Zigaretten-Bänderrolensteuer hat man sich bereits darauf gefaßt gemacht, daß sie für die Zigaretten-Bänderrolensteuer vorbildlich sein werde, und der Staatssekretär Freiherr v. Stengel hat am 4. Mai 1906 unumwunden erklärt, daß „vom steuerlichen und vom sozialpolitischen Standpunkt das Bänderrolensystem vor dem Regierungsvorschlag ohne Zweifel den Vorzug verdiene“. Das ist auch darauf schließen, daß die Regierung bei Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfs das Bänderrolensystem zur Grundlage nehmen wird.

Man wird ja nun wohl bald Näheres darüber erfahren. Sedenfalls ist den Interessenten, die in erster Linie vom „Segen“ der Steuererhöhung betroffen würden, den Arbeitern, Industriellen und Händlern der Tabakbranche, anzuraten, sich auf eine energische Opposition vorzubereiten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Thronwechsel.

Sonnabend morgen ist auf der Insel Mainau im Bodensee Großherzog Friedrich von Baden im Alter von 81 Jahren gestorben.

Da Großherzog Friedrich zeitweise eine gewisse persönliche Rolle gespielt hat, im Greisenalter auch redselig wurde und oft in Kriegervereinen und vor ähnlichem Publikum gegen den „inneren Feind“ gemettert hat, mag immerhin nach seinem Tod auch in unserer Presse, die sich sonst um dynastische Ereignisse nicht zu kümmern braucht, etwas über ihn gesagt werden.

Man kann wohl behaupten, daß Friedrich einer von den wenigen Fürsten war, die aus der Geschichte, die sie miterlebt, etwas gelernt und das Gelernte auch angewendet haben. Bis zu einem gewissen Grade allerdings nur; denn auch ein intelligenter Mensch kann sich dem Einfluß der „Höhenluft“ nicht ganz entziehen, wenn er dieser ununterbrochen ausgesetzt ist und zudem das Beispiel der Berufsgeossen aus anderen deutschen Staaten auf ihn wirkt.

In seiner Jugend hat Friedrich von Baden sehr wirklichen Anschauungsunterricht erhalten. Das badische Volk, damals sehr liberal, zum guten Teil demokratisch und republikanisch gesinnt, war auf dem besten Wege, zu seinem Teil mit dem Gottesgnadentum gründlich aufzuräumen. 1848 gab es eine republikanische Erhebung, die allerdings scheiterte, aber nur, weil nichtbadische Truppen zu Gunsten der „angestammten Dynastie“ eingriffen. Dann kam die „Reichsverfassungskampagne“ von 1849; die badischen Truppen revoltierten und der damalige Großherzog nebst Familie und Ministerium mußte bei Nacht und Nebel vor den empörten Soldaten und dem revolutionären Volke auf fremdes Gebiet flüchten. Erst der preußische Prinz Wilhelm, der nachmalige Kaiser, konnte mit einem preußischen Heere die „Ordnung“ wiederherstellen. Etwa vierzig standrechtlich erschoßene Volkskämpfer blieben als stumme Zeugen vom ersten Sieg des späteren „Heldengreises“ in den Wallgräben von Raffatt und vor den Toren Freiburgs und Mannheims liegen.

Diese Ereignisse hatte Friedrich als junger Mann sich vollziehen sehen und sie mögen stark auf ihn gewirkt haben. Wenigstens bemühte er sich, als er 1852 an die Regierung kam, ein konstitutioneller Fürst zu sein. Er regierte genau so „liberal“, wie die badischen Kammern „liberal“ waren, und trat persönlich sehr entschieden für die „nationale Einigung“ Deutschlands ein, als die liberale Bourgeoisie aus wirtschaftspolitischen Gründen nach dieser Einigung strebte. So wurde er eine tüchtige Stütze der Bismarckschen Politik, die diese Einigung in der Form der Verpreßung durchsetzte.

Der Zufall wollte es, daß dieser „liberale“ Fürst sozusagen in seinem Lebensgang die Entwicklung und den Verfall des Liberalismus repräsentierte. Tatsächlich förderte er eine geraume Zeit hindurch, soweit er das als konstitutioneller Fürst konnte, den Fortschritt auf gewissen Gebieten. Und als die Altersschwäche eintrat, beim Liberalismus wie beim Menschen, da machte der Fürst ebenso in Hurrapatriotismus und Sozialistenföterei, wie der Liberalismus aller Schattierungen. Sogar in unpolitischen, rein kulturellen Dingen zeigte sich die Parallele: In seiner guten Zeit war Großherzog Friedrich z. B. ein entschiedener Gegner der Todesstrafe und ließ keine Hinrichtung vollziehen; im höheren Alter und unter der Wirkung des preußischen Beispiels entsagte er auch diesem Grundsatz und die in Baden schon ganz vergessene Guillotine bekam wieder Arbeit. Gleichzeitig machte sich auch am badischen Hof die sonst nicht gekannte Frömmerei heimisch, ebenfalls preußischer Import.

In den staatlichen Verhältnissen Badens wird voraussichtlich der Thronwechsel keine Änderung bringen. Nur daß vielleicht die „Schneidigkeit“ in den Formen sich noch mehr zeigt, als bisher.

Prozeß Koeren-Schmidt.

Unter großem Andrang des Publikums und unter starkem Aufgebot der Polizei wurde Sonnabend nachmittag der Urteilspruch im Prozeß Koeren-Schmidt verkündet. Schmidt ist zu 100 Mark Geldstrafe ev. 10 Tagen Haft verurteilt worden wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Koeren. Dem Beleidigten steht das Recht zu, das Urteil auf Kosten des Angeklagten in der „Täglichen Rundschau“ und in der „National-Zeitung“ veröffentlichen zu lassen. Die Platten des offenen Briefes sollen vernichtet werden. Das Gericht hat die im Reichstage gegen Schmidt erhobenen Beschuldigungen als sehr beleidigend aufgefaßt, in denen ihm Sittlichkeitsverbrechen und Totschlag vorgeworfen wurden. Schmidt hat sich als unbescholtener, tüchtiger und fleißiger Beamter große Verdienste um die Hebung des Bezirks erworben, aber er hat die Bestimmungen des § 193 überschritten. Als strafverschärfend wurde angenommen, daß es sich um einen Reichstagsabgeordneten und Richter handelt. Nach dem Urteilspruch wurden Kundgebungen für und gegen Koeren veranstaltet.

wird den Verfeimten immer noch — manchmal vielleicht viel zu schnell — loswerden. Freilich, einmal muß geschieden sein und scheiden und meiden tut weh! Aber inzwischen lösen noch Winter, Frühling, Sommer und Herbst einander ab. Es ist ein etwas längerer Abschied; das hat aber den Vorteil, daß man sich nach und nach an den Gedanken der Trennung gewöhnt und sie nicht allzu schmerzhaft empfindet. Und wenn auch der Taler dahin ist, die Moneten bleiben uns doch. Wer sie hat, hat sie.

Sonntagsruhe im Postbetriebe. Für das gesamte Betriebspersonal der Reichspostverwaltung ist die Sonntagsruhe jetzt nach dem Grundgesetz durchgeführt, daß jeder Beamte und Unterbeamte in einem Zeitraum von 2 Wochen für einen Sonntag, sei es für den ganzen Tag oder zwei halbe Sonntage, vom Dienst befreit wird. Ein ganz freier Sonntag ist, soweit es sich nicht öfter ermöglichen läßt, mindestens in je 4 Wochen zu gewähren. Wo irgend tunlich, genießen die Beamten Sonntagsruhe auch über das festgelegte Maß hinaus ebenso wie die Unterbeamten.

Zweigleisig soll die Lübeck-Travemünder Bahn werden; allerdings nicht bis Travemünde, sondern nur bis Dänischburg. Im Interesse des Verkehrs wäre es jedenfalls notwendig, die ganze Strecke zweigleisig auszubauen. Man zieht es jedoch vor, halbe Arbeit zu machen.

Die Winterfaison im Stadttheater wurde gestern mit einer Aufführung von Shakespeares Trauerspiel „König Lear“ eröffnet. Wir kommen auf die Vorstellung, die im großen und ganzen befriedigend verlief, noch zurück.

Arbeiterriß. Dem auf der Koch'schen Schiffsverft am Neubau Nr. 177 beschäftigten Stenmer Adolf Jäger fiel am Sonnabend morgen ein zirka 20 Pfund schwerer Vorhalkammer aus beträchtlicher Höhe auf den Hinterkopf. Der Verletzte, der blutüberströmt zusammenbrach, wurde mittelst Droschke nach seiner in Stockelsdorf belegenen Wohnung überführt. Der hinzugerufene Arzt konnte die Art der Verletzung des zeitweilig die Besinnung verlierenden Verunglückten infolge des eingetretenen Schwulstes noch nicht feststellen.

Arbeiterriß. Am Donnerstag nachmittag gegen 5 Uhr beim Erweiterungsbau der Firma F. Ewers u. Co., ausgeführt von Görner, eine eiserne Säule, die nicht genügend abgestützt war, um, und verletzte den Maurer W. Krendt erheblich am Kopfe. Die Kopfhaut wurde durchschlagen, wodurch eine 15 Zentimeter lange Wunde entstand. Nachdem Dr. Schlomer einen Verband angelegt hatte, konnte der Verletzte sich nach seiner Wohnung begeben.

Einem schönen Verlauf nahm das gestern im „Vereinshaus“ abgehaltene 1. Stiftungsfest des hiesigen Zweigvereins des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins. Der Besuch war ein zufriedenstellender. In einer Rede wurde auf die Entwicklung der jungen Organisation — deren Mitgliederzahl jetzt über 60 beträgt — hingewiesen und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß dieselbe sich im Interesse der Gärtnergehilfen kräftig weiter entwickeln möge. Zwei Andenken an die Feiertage erhielt jede Dame einen Blumenstrauß. — Auch wir hoffen, daß diesem 1. Stiftungsfest noch recht viele weitere folgen mögen.

pb. Diebstahl. Gegen eine Ehefrau, die sich aus der Stube einer Grünwarenhändlerin etwa 60 Mk. rechtswidrig angeeignet, wurde Anzeige erstattet. 50 Mk. wurden noch bei derselben gefunden.

pb. Automatenraub. In der Nacht vom 28. zum 29. d. M. wurden in der Hürtter-Allee und am Hürtterdamm je ein Schokoladen-Automat aus dem Garten gestohlen, in die Anlagen beim Kanal geschleppt und hier zerbrochen und ihres Inhaltes beraubt.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die Opernvorstellungen der diesjährigen Spielzeit beginnen morgen, Dienstag, mit einer wohl vorbereiteten Auführung des „Lohengrin“. Ein großer Teil der neuengagierten Kräfte hat hierbei Gelegenheit, in hervorragenden Partien vor das Publikum zu treten. Auch Kapellmeister Hermann Abendroth vom Verein der Musikfreunde wird seine diesjährige neue Theaterstätigkeit beginnen und den „Lohengrin“ dirigieren. Mittwoch wird das Lustspiel „Goldfische“ zum zweiten Male in Szene gehen, für Donnerstag wird die humorvolle, melodische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ vorbereitet.

Sansa-Theater. Auf den Beginn der Winter-Saison am Dienstagabend sei hiermit nochmals hingewiesen. Wir erwähnten schon das Auftreten der Hindu-Tempel-Tänzerin und Sängerin Ruth Saint Ome. Neben dieser erstklassigen Nummer bereichern aber noch viele andere das Programm. Von Interesse für das gesamte Publikum dürfte sein, daß die Eintrittspreise für die kommende Saison wesentlich ermäßigt worden sind. Für die Besucher der Galerien ist weiter wissenswert, daß die Platzanordnung eine wesentlich bessere geworden ist, und jeder Platz die volle Übersicht über die Bühne gestattet.

r. Schwartau. Regierungsmahnahmen! Im Gießentum Lübeck steht es den Vereinen, außer den Gewerkschaften, im allgemeinen frei, im Jahre dreimal Ballerlaubnis von der Regierung zu erhalten. Daß die Regierung aber auch anders bestimmen kann, bewies dieselbe kürzlich dem Gesangverein der Maurer hier gegenüber. Dieser Verein reichte im August d. J. einen Antrag bei der Ausschichtbehörde ein um Ballerlaubnis. Dieselbe antwortete hierauf, daß dem Gesangverein der Maurer Ballerlaubnis nicht erteilt werden könne. Warum? Weil, — man höre! — der Verein noch nicht lange genug gesungen und deshalb die nötige gefangliche Übung noch nicht habe. Und dabei haben die Sänger des Vereins einen Abend sogar bis 2 Uhr nachts gesungen. Ja wie lange sollen die armen Sänger denn eigentlich gröhlen? Im September reichte der Verein nochmals ein, die Regierung verweigerte aber wiederum die Erlaubnis und bezieht sich auf die im letzten Schreiben angegebenen Gründe. Und da sage noch einer, daß sich unsere Regierung nicht um das Wohl eines jeden Untertanen kümmert. Selbstverständlich ist seitens des Vereins über die überaus kuriose Verfügung Beschwerde beim Ministerium eingelegt und darf man über den Ausgang ja gespannt sein.

Neustadt. Hotel Marienbad ist hier Freitagabend 6 Uhr niedergebrannt. Der Besitzer W. Dose war zu einer militärischen Übung einberufen.

Elmsborn. Verbrannt. Die „Elmsborner Zeitung“ meldet aus Hafensbüch: Sonnabend morgen 5 Uhr brannte das Gewese des Landmanns Peter Kölln vollständig nieder. Der 55jährige Besitzer verbrannte beim Ketten des Viehs. Drei Kullen und die Ernte verbrannten.

Kiel. Die Gründung einer Zentralbibliothek für die organisierte Arbeiterkassenschaft Kiels ist jetzt beschlossene Sache. In einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft der Delegierten der zum Beitritt bereiteten Organisationen, 22 Gewerkschaften sowie die sozialdemokratischen Vereine von Kiel und Gaarden wurde der Gründung der Zentralbibliothek einstimmig zugestimmt. Desgleichen fand das von der Bildungscommission ausgearbeitete Organisationsstatut für die Bibliothek mit unabweislichen Änderungen einstimmig Annahme. Zur Leitung der Geschäfte wurde ein aus sechs Genossen bestehender Bibliotheksausschuß gewählt. Weiter gehören zu dieser Körperschaft drei Mitglieder der Bildungscommission. Der Ausschuß wurde beauftragt, die Vorkarbeiten für die entsprechenden Einrichtungen in die Hand zu nehmen und der nächsten Delegiertenversammlung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Schleswig. Reichsverbandschwindel. Die vom Reichsländerverband gepeitschte Presse schreibt: „Wie stellt sich die Sozialdemokratie in der Theorie zu den Armen der Armen, die sich aus Not an fremdem Eigentum vergehen? Sie nimmt diese „Enterbten“, diese „Opfer des Kapitals“, diese „Verelendeten“ unter ihre schützenden Fittiche und flucht dem Moloß „Kapitalismus“. Und wenn sich solche Unglücklichen am Eigentum der sozialdemokratischen Partei vergehen? Ja, Bauer, das ist ganz was anderes! Da schleppt man sie gleichfalls vor den Richter und verlangt, daß sie nach den Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ins Loch gesteckt werden. Eine Kolporteurin der „Volkszeitung“ hatte aus Not — der Mann war arbeitslos und für die vier Kinder war im Hause nichts zu essen — 79 Mk. von den einfassierten Abonnementsgeldern unterschlagen. Die Frau hatte den besten Willen, die Schuld abzutragen, sie bezahlte auch 2 Mk. zurück; als sie dann aber vorläufig damit aufhörte, weil der Mann wieder arbeitslos war, erfolgte Anzeige. Das Gericht hatte mehr Mitleid mit der Armenin als die eigenen „Genossen“. Das Urteil lautete unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf nur 1 Woche Gefängnis. So sehen die sozialdemokratischen

Grundsätze in der Praxis aus.“ — In Wahrheit ist die Frau von einem Nachbarn denunziert worden, mit dem sie in Streit geraten ist. Weder die „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ noch irgend eine Parteinstanz hat Anzeige gegen die Frau erstattet. Die obige Darstellung ist also ein frecher Schwindel! Der Schwindelpresse wird es natürlich nicht einfallen, ihre Lügen zurückzunehmen.

Bant. Das Parteisekretariat für Dänischburg und Ostfriesland wird am 1. Oktober eröffnet. Das Bureau befindet sich in Bant, Peterstraße 20-22. Alle Geldsendungen und Zuschriften jeder Art für die Landesorganisation wolle man an die Adresse des Sekretärs: Adolf Schulz, Parteisekretariat, Bant i. D., Peterstraße 20-22, senden.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Antisemitismus und Sozialdemokratie.
In seinem Morgenblatt vom 28. September ermahnt das Amtsblatt die jüdischen Mitbürger, wenn's hier in Lübeck zur Nachwahl geht, daran zu denken, daß der „Vorwärts“ in seinem Bericht über die Breslauer Dienstbotenbewegung schreibt: „Namentlich die freisinnige „Breslauer Morgenzeitung“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bewegung mit halb getauften, halb raffinierten jüdischen Witz und und Mägen abzuzun.“ — Nun, liebes Amtsblatt, die Juden nehmen es nicht allzu tragisch, wenn man ihnen einmal ihre unleugbare Begabung für gute Witze vormirrt — sie wissen, gute Witze zu machen, erfordert Geist. Erlaubt sich aber einer von ihnen, an einer guten und schönen Sache seine schnodderigen Witze zu üben, so freuen sich alle Werkständigen unter ihnen, wenn ihm derb über den Schnabel gefahren wird, und man ihn daran erinnert, daß er die Begabung seiner Klasse mißbraucht. So geschieht es dem Breslauer Redakteur ganz recht, wenn er für seine Verhöhnung einer Kulturbewegung, für seinen Spott über hilflose Dienstmädchen, die endlich zum Bemühen ihrer Menschenwürde erwacht sind, tüchtig abgefanzelt wird. — Doch, apropos, wie war es doch, da es sich in der Bürgerschaft um die Anstellung jüdischer Lehrerinnen handelte, als Senator Schön in unvorsichtiger Aufrichtigkeit erklärte, das dürfe in Lübeck nicht geschehen? Da fanden wir im Amtsblatt kein flammendes Wort des Entrüstens, gegen diesen, dem geltenden Gesetz ins Gesicht schlagenden Auspruch. Und als einige Wochen später Senator Eschenburg als Beschäftigungsrat erklärte, es wäre ein Versehen einer Abteilung der Lehrschulbehörde gewesen, Jüdinnen dürften nun zwar nicht als vollberechtigte Lehrerinnen, aber als Fachlehrerinnen angestellt werden: da schwieg bei diesen Worten, die von den Juden als Verhöhnung aufgefaßt werden mußten, die ganze Bürgerschaft einschließlich des Herrn Klein und — natürlich auch das „liberale“ Amtsblatt. Nur die Sozialdemokraten hängten der Kasse die Schelle um und geißelten das verfassungswidrige Verfahren. — Das, liebevertes Amtsblatt, werden sich die Juden schon merken — auch wenn, entgegen Deinem Wunsche, die Nachwahl erst nach fünf Jahren stattfindet. Sie haben nämlich nicht nur Wit, sondern auch ein gutes Gedächtnis und schägen ihre Freunde nicht nach bauernfängerischen Redensarten, sondern nach ihren Taten!

P. S. Vor einiger Zeit richtete das Amtsblatt, das sich z. B., als es die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes galt, nicht genug an kulturkämpferischen Worten tun konnte, an die „katholischen Mitbürger“ auch die lebenswürdige Aufforderung, sie möchten sich merken, daß Ottilie Baader gegen die Herrschaft der Priester durch den Weichstühl gesprochen habe. Diesen diene zur Nachricht, daß infolge jener oben erwähnten Bürgerschaftsdebatte der einzigen an einer öffentlichen Volksschule angestellten katholischen Lehrerin die Lehrbefugnis im Singen und deutschen Unterricht entzogen wurde.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiling. Verleger: Th. Schwanke, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Deutscher **Transportarbeiter-Verband.**

Vertrauensmänner-Sitzung der Kutscher

am Mittwoch den 2. Oktober, abends 9 Uhr im Vereinshaus.

Jeder Betrieb muß vertreten sein. Der Vorstand.

NB. Nach Schluß dieser Sitzung: Vorstandssitzung.

Ein kräftiger Junge angekommen Rud. Tiedt u. Frau Marie geb. School. Seerech, 28. September 1907.

Tüchtige Arbeiterinnen werden gesucht.

Heinr. Ihde Nchf., Töpferweg 63.

Gesucht zu sofort oder später junge Mädchen z. Erlernung der Damenschneiderei und Musterzeichnen. **M. Boye, Wori.** der zu Hause schlafen kann zu sofort gesucht. **Carl Trost, Fackenburg Allee 55c.**

Zum 1. Nov. oder früher ein Mädchen für leichte häusliche Arbeit. In der Mauer, Ecke Weberstr. 41a.

Möbl. Parterrezimmer Lindenstraße 63 a.

1 Stall und 1 Logis zu vermieten. Kerkringstraße 42.

Ein freundliches Parterrezimmer nach vorne zu vermieten, an einen jungen Mann. Schwartauer Allee 159.

Durch Zufall zu sofort oder 1. November eine **Sechszimmerwohnung** nach vorne zu vermieten. Watenismauer 3 a. 1.

Durch Zufall zum 1. Oktober eine **kleine nette Wohnung** an einzelne Leute zu verm. Kleine Grövelstraße 14.

Freundliches Parterrezimmer nach vorne an jungen Mann zu vermieten. Schwartauer Allee 159.

Zweizimmerwohnung mit Kammer zum 1. Januar gesucht. Angebote unter M. an die Exp. d. Bl.

Ein gut gebautes **Haus** mit drei abgeschlossenen Wohnungen ist unter günstigen Bedingungen fortzugshalber zu verkaufen. Angeb. unter S. 112 an die Exped.

1 eiserne Bettstelle billig zu verkaufen. Paulstraße 29.

Zu verkaufen ein gut erhaltener **Kinderwagen** mit Gummireifen und 80 Hefte Kriminalroman Stück 10 Hfg. auch teilweise. Engelstraße 31, 13.

1 gut erhaltenes Winterjackett für 6 Mk. und **1 Winterjackett**, passend für Handelsfrau, 2 Mk., zu verkaufen. Mittelstraße 2.

1 Klosetteimer mit Kasten und 1 Eisch zu verkaufen. Watenismauer 166.

Moderner Kinderwagen mit Gummireifen und eine Bettstelle zu verkaufen. Schwartauer Allee 92, 1.

Zu verkaufen **1 Fahrrad** für 20 Mk., **1 Winterpaleot** für 8 Mk. Chesowstraße 8, 1.

3 Zugänger zu verkaufen. Elswigstraße 7 b.

Allerfeinste **Ciccartoffeln** sowie Magnum bonum empfiehlt billigst **A. Bothe, Fuchtingstraße 18.**

Empfehle mein ff. Braumbier in Gebinden wie auch in Flaschen. **C. Westfeling, Wahnstr. 37.**

Wir suchen Arbeiterinnen in dauernde Beschäftigung bei guter lohnender **Affordarbeit.**

Villeroy & Boch, Steingutfabrik, Dänischburg. Fahrgeld Lübeck-Dänischburg wird vergütet.

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch teile ich einem verehrlichen Publikum sowie Freunden und Bekannten ergebenst mit, daß ich am heutigen Tage in meinem Hause **Schwartauer Allee 85** dem Schlachthofe gegenüber, im Laden links eine **Tabak- und Zigarrenhandlung** eröffnet habe. Indem ich um gütige Unterstützung meines Unternehmens bitte, empfehle ich mich mit Hochachtung **Carl Ehlers.** Zigarren zu Fabrikpreisen von der bestrenommierten Firma **M. Niemeyer, Bremen.**



GROSSER UMZUGS VERKAUF

bis einschl. Donnerstag, den 3. Oktober
zu ausserordentlich billigen Preisen.

Bürstenwaren

- Handwasch-Bürsten, Stck. 10, 7, 5 Pfg.
- Schneerbürsten, Stck. 22, 20, 18 10 Pfg.
- Lerwagen, . . . Stck. 48, 38, 28 20 Pfg.
- Handfeger, garant. Rosshaar, Stck. 42 Pfg.
- Cocoshesen Stck. 38 Pfg.
- Barshesen, Stck. 150, 110, 95, 75 Pfg.
- Rosshaarshesen, Stck. 135, 150, 1,25 Mk.
- Klasserbürsten, Stck. 39 Pfg.
- Anstloper, . . . Stck. 45, 35, 18 Pfg.
- Fedel, . . . Stck. 33, 25, 18, 14 Pfg.

Steingut

- Teller, weiß, flach, . . . Stck. 7 Pfg.
- Teller, weiß, gerippt . . . Stck. 9 Pfg.
- Tassen m. Untert., weiß blau Paar, 15 Pfg.
- Kaffeetassen, weiß . . 3 Stck. 20 Pfg.
- Schüsseln, weiß . . . 6 Stck. 95 Pfg.
- Schüsseln, blauweiß . . 6 Stck. 125 Pfg.
- Schneidebretter, weiß . Stck. 20 Pfg.
- Kaffeekannen, für 2 Portionen, 68 Pfg.
- Ein Posten grosse Vorrats-tonnen zum Aussuchen . . . Stck. 45 Pfg.
- Ein Posten Gewürztönnchen zum Aussuchen Stck. 8 Pfg.
- Tommen-Garnituren, 22 Teile, modernste Muster 950 Mk.
- Tafel-Service „Loni“, 23 Teile, moderne Dekors 695 Mk.
- Moderne Waschgarnituren 18,00, 15,00, 12,00, 8,00, 5,90, 3,90, 2,75, 1,75 1,45 Mk.

Holzwaren

- Putz- u. Wischkasten, . . Stck. 23 Pfg.
- Messerkasten, . . . Stck. 95, 45, 32 Pfg.
- Gewürzschranke, Stck. 95, 45, 35 Pfg.
- Küchenhandtuchhalter, Stck. 75, 45 Pfg.
- Stuhlsitze, Stck. 25 Pfg.
- Wäscheklammer, amerik. Dntz. 6 Pfg.
- Wäscheklammer, Patent, Dtz. 18 Pfg.
- Putzkommoden Stck. 4,25, 2,90 2,25 Mk.
- Holzkafeemühle mit Messing-trichter 2,75, 1,95 Mk.
- Küchenhocker, . . . Stck. 2,90 Mk.
- Küchenbänke, . . . Stck. 2,45 Mk.

Haus- und Küchengeräte.

- Waschständer rund massiv . . 95 Pfg.
- Waschständer mit Garnitur 2,25 Mk.
- Waschkruz, Schüssel, Schöpfnapf
- Kohlenschützer 1,25, 1,60 Mk.
- Kohleneimer 1,75 Mk.
- Kaffeemühle schwarz lackiert
- Kaffeemühle 1,45, 1,15 85 Pfg.
- Kaufstandswagen . . 3,50, 2,50, 1,25 Mk.
- Petroleum-Heizöfen „Titan“ 18,00 12,50 Mk.
- Gasöfen 15,50, 12,50 8,50 Mk.
- Duplex-Reibemasch. 1,25, 1,15, 1,25 Mk.
- Fleischhackmaschinen . . . 3,45 Mk.
- Fleischhackmaschinen Alexanderwerk . . . 5,25 Mk.
- Messerputzmaschinen . . 7,50 3,50 Mk.
- Bally-Bügeleisen 4,50 Mk.
- Bally-Glühkochen 35 Pfg.

Eisenwaren

- Stiefelbeschlüge . Karte 1 Dtze. 8 Pfg.
- Kellerschlösser . . . 95, 45, 25, 8 Pfg.
- Reiszwecken Groß 18 Pfg.
- Nägelsort. i. Kart. 18 Pfg.
- Bildernägelsort. (3 Dtzd.) Karton 23 Pfg.
- Bilderrösen Stck. 3, 2, 1 Pfg.
- Türkaffee 75, 38, 25 Pfg.
- Braht-Wäsche-Leinen . . 110, 75 Pfg.
- Küchenbell . . . 175, 145, 95, 75 Pfg.
- Hämmer 95, 75, 42 Pfg.
- Zangen 75, 60, 45 Pfg.
- Brechhelsen 55, 45 Pfg.
- Handsägen 95, 75 Pfg.
- Dosenöffner . . . 95, 45, 35, 20 Pfg.
- Korkzieher . . . 95, 75, 45, 20, 8 Pfg.
- Wiegemesser . . . 125, 95, 55 Pfg.

Prima Fabrikat! Emaille Prima Fabrikat!

Schmortöpfe	14	16	18	20	22	24	26	cm
grün gebantcht	34	39	45	68	75	85	100	Pfg.
Casserollen mit Stiel	12	14	16	18	20	cm		
	25	31	38	45	65			Pfg.
Ringtöpfe	18	20	22	24	26	cm		
	75	95	120	135	195			Pfg.
Wasserkessel grün mit Ring	18	20	22	24	cm			
	95	135	145	175				Pfg.

Milchtöpfe	7	9	10	11	12	cm		
	25	48	55	65	75	Pfg.		
Teigschüsseln	19	24	30	32	34	cm		
	38	55	78	95	110	Pfg.		
Waschschüsseln	20	22	24	26	28	30	32	cm
	24	28	34	39	44	48	55	Pfg.
Essenträger	13	14	16	cm				
	50	65	85					Pfg.

Ein Posten Emaille-Eimer 78 Pfg.
28 cm

Glaswaren.

- Wassergläser . Stück 10, 8, 7, 5, 4 Pfg.
- Limongläser Stück 7, 6, 5 Pfg.
- Berkecher 1/2, 1/4 Pfg., 1/2, 1/4 8 Pfg.
- Eckrandhocker, D. 90 Pfg., Stück 8 Pfg.
- Kugelschäl Stück 24 Pfg.
- Kampelcher Stück 10, 9, 5, 4 Pfg.
- Kampelschüssel 24, 45, 35, 24, 15, 7 Pfg.
- Fischgläser Stück 25, 20, 15 Pfg.
- Wasserflasche mit Glas . Stück 15 Pfg.
- Wasserkanne Stück 29 Pfg.
- Wasserring Stück 38 Pfg.
- Eispressen Stück 8 Pfg.
- Zuckerschalen mit Fuss . Stück 15 Pfg.
- Kaffeebecken Stück 8 Pfg.
- Eisplatten, extra gross Stück 68 Pfg.
- Geschl. Flaschen mit Glas, 1,25 45 Pfg.

- Kinder-Emailleteller 15 Pfg.
- Kaffeekannen 1,25, 75, 60, 45 Pfg.
- Toilette-Eimer, was., m. Ventild. 2,45 Mk.

Diverses.

Ein grosser Posten echter Porzellan-, Tee- und Kaffeetassen, Paar 28 Pfg., modernste Muster, zum Aussuchen.
1 Post. Salon-Kohlenkasten mit Dekors 2,25 Mk.

Leo Leibholz & Co.

Lübeck, Holstenstrasse 25-33.

Gegen die Landarbeiter.

Das offiziöse Telegraphenbureau berichtet aus Kreuznach: In der zahlreich besuchten Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, der auch die Regierungspräsidenten von Koblenz, Trier und Köln beiwohnten, hielt Oberpräsident Freiherr von Schorlemer-Kieser unter lebhaftem Beifall eine Rede, in der er seiner Freude über die unverkennbaren Fortschritte in der rheinischen Landwirtschaft Ausdruck gab.

Ein Punkt nur, so fuhr er fort, bleibt bedenklich: die Beschaffung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Sie wird in Zukunft noch größere Schwierigkeiten machen, einmal weil die Industrie, die zum Beispiel den früher rein landwirtschaftlichen Kreis Mörz völlig umgestaltet hat, der Landwirtschaft nicht nur in steigendem Maße Terrain, sondern auch Arbeitskräfte entzieht, deren Beschaffung aus dem Ausland auf immer größere Schwierigkeiten stößt; dann aber auch aus einem andern Grunde. Ich muß da ein offenes Wort sprechen, das hoffentlich auch außerhalb der landwirtschaftlichen Kreise Beachtung findet. Ich betrachte es für ein bedenkliches Unternehmen, wenn Kreise, die außerhalb der Landwirtschaft stehen und nicht wissen, wo den Landwirt der Schuh drückt, ihr Hauptaugenmerk der Sorge für die landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeiter zuwenden. Auf einer großen Versammlung in Würzburg (gemeint ist der letzte Katholikentag) ist kürzlich gesagt worden, es wäre im allseitigen Interesse erwünscht, die landwirtschaftlichen Arbeiter zu organisieren. Natürlich wäre unter keinen Umständen daran zu denken, daß die Arbeiter während der Erntezeit streikten. Vor zwei Jahren habe ich mit einem Herrn gesprochen, der mitten in der Arbeiterorganisation steht, und ihn darauf hingewiesen, daß die Landwirte sich den streikenden Arbeitern gegenüber in einer sehr heißen Situation befinden. Streikende Industriearbeiter einen von zwölf Monaten des Jahres, so kann der Industrielle immer noch in den übrigen elf Monaten des Jahres den Schaden wieder wett machen. Der Landwirt kann aber durch einen Streik in der Frühjahr- oder Erntezeit völlig vernichtet werden. Jede Arbeiterorganisation, wenn sie wirklich etwas erreichen will, muß den Streik in die dem Landwirte unbequeme Zeit verlegen. Daran können die Leiter der Organisationen nichts ändern, sie können das nicht verhindern. Gegen diese Organisationsbestrebungen, von wem immer sie ausgehen, muß die Landwirtschaft energisch Front machen. Der Landwirt will (1) für seine Arbeiter und Dienstboten sorgen, wie für seine Familienmitglieder, aber er will Herr im Hause bleiben.

Soweit der preussische Oberpräsident der Rheinprovinz, Wir erinnern uns keiner amtlichen Kundgebung, die so klar und einfach den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auch in der Landwirtschaft herauskehrt. Der Oberpräsident zieht die Konsequenzen der kapitalistischen Agrarpolitik mit eiserner Folgerichtigkeit. Er erkennt an, daß auch die Landarbeiter nur durch Kampf etwas erreichen können. Da aber dieser Kampf die Geschäfte des Agrarkapitals stört, haben die Landproletarier nach ihm einfach auf jeden Kampf zu verzichten. Glücklicherweise werden sich dies die Landarbeiter niemals als letzte Weisheit einreden lassen. Sie werden sich vielmehr sagen müssen, daß sich ihr Kampf deshalb nicht bloß gegen ihre Unternehmer, sondern auch gegen eine Regierung zu richten hat, die sich so offen und bedingungslos auf die Seite des Unternehmerinteresses stellt. Der gute „Wille“ des Landwirts, für seine Arbeiter zu sorgen, „wie für seine Familienmitglieder“, hat nicht verhindern können, daß wir die kulturwidrigen Landarbeiterzufälle haben, die heute auf dem flachen Lande den gang und gäbe sind. Diese zu beseitigen, ist eine höhere Kulturaufgabe, als die Erhaltung des Profits und des Herrenstandpunktes

landwirtschaftlicher Unternehmer. Mit seiner Kriegserklärung an diese Kulturaufgabe hat also der rheinische Oberpräsident die Landarbeiter lebhaft darüber aufgeklärt, daß sie den politischen und gewerkschaftlichen Kampf zu führen haben, wenn sie vorwärts kommen wollen.

Soziales und Parteilieben.

Ein schwarzer Tag für Berlin. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung lehnte die Einführung einer Wertwachststeuer in einer sehr erregten Sitzung ab. Die im März dieses Jahres vom Magistrat eingebrachte Vorlage war in einem Ausschuss, in welchem die Interessen der freisinnigen Terrainspekulanten überwogen, derart verballhornt worden, daß ihre Annahme in dieser Gestalt für die Anhänger der Wertwachststeuer unmöglich geworden war. Am Dienstag nun stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Wiederherstellung der Magistratsvorlage. Oberbürgermeister Kirchner trat diesem Antrage bei und bewies, daß die Vorlage in der Kommissionsfassung vollständig wertlos gewesen sei. Ein Teil der Freisinnigen unter der Führung des Vereinigungsmannes Mommien kam gleichfalls dem Magistrat zu Hilfe. Die Mehrheit unter der Führung des freisinnigen Volksparteilers Cassel verteidigte aber die Kommissionsfassung. Der von Singer vertretene sozialdemokratische Antrag wurde schließlich mit 75 gegen 54 Stimmen abgelehnt. In der Schlussabstimmung wurde die ganze Vorlage von der Mehrheit als auch von der Minderheit abgelehnt. Gegen die Vorlage stimmten 119, dafür bloß 2. Das Abstimmungsergebnis stellt somit einen vollständigen Triumph der Hausbesitzer und Terrainspekulanten-Interessen dar. Oberbürgermeister Kirchner bezeichnete in der überaus heftigen Debatte diesen Tag als einen schwarzen Tag für Berlin.

In der Elberfelder Brotfabrik haben sämtliche Bäcker und Rutzler, etwa 200 Personen, wegen Lohnhöherungen und Maßregelung die Arbeit niedergelegt.

Die Siebener-Kommission der Ruhr-Bezugleute nahm am Mittwoch nochmals Stellung zu den neueren Beratungen, welche die gewählte Arbeiterkommission der beteiligten Verbände über das gemeinsame Vorgehen am 17. d. Mts. in Essen gepflogen hat, und hält deren Beschlüsse für richtig. Falls die vorhandenen 19 Verschlechterungen nicht beseitigt und bezüglich der übrigen Forderungen die Werkvertreter in der General-Versammlung am 28. d. M. auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, ist das Statut und der Anschließ an den Rückversicherungs-Verband abzulehnen. So sehr die Arbeiter und die Verbände eine Verschärfung über die Knappheitsreform wünschen, ist das bisher Gebotene unannehmbar und tragen im Falle der Ablehnung des Statuts die Werkbesitzer die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen.

Kriegsdriftungen der Scharmacher im bayerischen Baugewerbe. Aus einem geheimen Rundschreiben, das der Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe Mitteldeutschlands versendet hat, geht hervor, daß diese „rühmlich“ bekannte Gesellschaft von Scharmachern einen Hauptschlag für nächstes Frühjahr plant und aggressiv gegen die Arbeiter vorgehen will. Das Objekt dieses Angriffs sind diesmal die Maler, Tüncher und Anstreicher, deren Tarif am 1. April 1908 abläuft. Um in dem voraussetzlichen Kampfe die Unternehmer des Maler- und Tünchergewerbes wirksam unterstützen zu können, richtet die Verbandsleitung in dem geheimen Zirkular an die Mitglieder des Verbandes die dringende Bitte, alle Maler, Tüncher- und Anstreicherarbeiten so zu beschleunigen, daß die gesamten Arbeiten möglichst bis zum 31. März fertig sind. Ferner hat der Verband in seiner geheimen Jahresversammlung die Anlegung eines Streikfonds beschlossen, auch wurden die Mitglieder verpflichtet, bei Übernahme von Lieferungen darauf zu dringen, daß die Streik Klausel in die Werkverträge aufgenommen wird, wonach die Fristen nicht nur bei Streiks, sondern auch bei Aussperrungen für deren Dauer verlängert werden sollen. Das sind alles Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die Herren damit umgehen, den Arbeitern

schlechtere Bedingungen zu diktieren und selbst angriffsweise vorzugehen.

Das Ende des Dockerstreiks. Aus Antwerpen, 25. September, wird dem „Vorw.“ geschrieben: Der Kampf der Antwerpener Docker, der 8 Wochen das ganze Land in Spannung hielt, ist gestern durch den Beschluß der Generalversammlung der sozialistischen Dockergewerkschaft beendet worden. Der tapfere und so klug geführte Kampf, der die Bewunderung und Sympathie auch weit außerhalb der Arbeiterschaft erweckt hat, ist so mit einem Akt der Vernunft ehrenvoll und erfolgreich abgeschlossen worden. Die Schlussentscheidung fußt freilich auf einer Bedingung, die Laufenden nicht leicht zu akzeptieren war: die Aufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen. Dies ist der eine und für die Arbeiter gewiß schmerzliche Teil der Entscheidung — denn er scheint hier, bei den Streitenden, eine Niederlage, dort, bei den Unternehmern, einen Triumph zu besiegeln. Aber ist dem so? Nun wohl: die Kampfformel der Unternehmer war: Es wird nichts bewilligt, solange gestreikt wird! Und so fällt auf sie der Schein des Sieges. Was aber wollten die Arbeiter und was haben sie erreicht?

Die Getreide- und Holzverlader verlangten einen, schon früher einmal bewilligten und dann wieder entzogenen Frank Aufbesserung pro Tag. Sie haben dafür wochenlang gekämpft und gedurft, und so hoch stand der Gemütskampf die Forderung ihrer Brüder, daß die große Masse der Hafenarbeiter die Aussperrung auf sich nahm, um den 3000 Streikenden den Sieg zu ermöglichen. Mit welcher Brutalität und schamlosem Machtbündel von Seiten der Unternehmer, insbesondere des größenwahnsinnigen Scharmachers Steinmann, der Kampf geführt wurde, wie ein Friedensverzicht nach dem anderen, auch der versöhnlichste und entgegenkommendste, von den Proben hochmütig abgelehnt wurde — davon ist hier in all den Wochen ausführlich die Rede gewesen, gleich wie von der Katastrophe, die durch die Unterbrechung des Hafensbetriebes über die Stadt hereingebrochen war. Dem Minister wie dem Bürgermeister, dem Industrierrat wie dem Gouverneur erklärte die Föderation ununterbrochen: alles umsonst, bemüht euch nicht weiter. Wir wollen die „Unterwerfung“. Die Unterwerfung: das war die Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen. Auserlich folgte dem Unterwerfungsgebot die Versicherung, der „gerechten Prüfung“ der Forderungen durch die Kommission der famosen „Union“, für den angeblichen Schutz der „Arbeit“, innerlich die süß schmeichelnde Hoffnung, durch eine derartige Beendigung des Kampfes die „Führer“ zu treffen, die Macht der aufblühenden sozialistischen Dockerorganisation zu brechen. Kurz, die Hafenarbeiter auf Jahre hinaus mit sicherer Sklavengewalt zu beherrschen. Aber trotz der großmäuligen, gleich nach dem Beschluß der Streikenden mit napoleonischer Geste hinausgeschmetterten Tiraden Steinmanns, die äppiger und kecker als je den „Herren“ herauskehren, wird nach dem Kampfe und nach der Entscheidung der Docker kein Schender die Erfüllung dieses lockenden Unternehmertraumes für wahrscheinlich halten. Sehen wir von dem Detail, daß der Kampf bereits 2000 Docker auf eine neue der Organisation zugeführt hat, und daß er ihr zweifellos weitere Tausend zuführen wird, ab. Was steht als Erfolg der Arbeiter dem Schein-erfolg der Unternehmer gegenüber?

Der Bürgermeister, die Unmöglichkeit einsehend, das Progenium der Föderation besiegen zu können, setzte seine letzte Hoffnung auf den persönlichen Sinn des Streikkomitees. So tat er den letzten Vorschlag, indem er sich von den einzelnen Unternehmern die Autorisation für die Bedingungen erwirkte, die die „Föderation“ unter der Kommandoheftige Steinmanns verweigerte, selbst unter der Form, daß die Arbeiter voreerst „bedingungslos“ die Arbeit aufnehmen. Wie sieht nun neben dem Schein-erfolg der Föderation der wirkliche der Arbeiter aus? Der an die sozialistische Dockerorganisation gerichtete Brief des Bürgermeisters sichert den Arbeitern unter der Voraussetzung der sofortigen Arbeitsaufnahme eine Lohnerhöhung von 50 Centimes pro Tag

Der Salamander ist tot.

Humoreske von Otto Girndt.

(Fortsetzung.)
„Gut, ei, lieber Nierenstein, Sie? Sehen wir einmal von dem Doktor ganz ab, so haben Sie gegen meinen Mann und mich einen Verstoß begangen, den Sie wohl nicht leugnen werden. Und hier unter vier Augen kann ich Ihnen sagen: ich hätte Ihnen solche Taktlosigkeit nie zugehört. Wären mir Ihre gute Frau und das Mädchen nicht so fest an's Herz gewachsen, Sie sähen mich jetzt auch wahrlich nicht bei sich. Witten Sie mir ab, mein bester!“ Sie bot ihm den Rücken ihrer Hand dar. „Nun?“
„Es kostete dem kleinen Mann gewaltige Überwindung, ihrem Anfinnen zu willfahren. Naturen seiner Art schreiten lieber zu einer zweiten Kränkung, als daß sie die erste zurücknehmen. Im stillen möchten sie ihr Unrecht wohl gutmachen, nur nicht es offen und laut eingestehen. Wäre die Frau Kollegin ihm nicht augenblicklich eine so wichtige, unentbehrliche Person gewesen, Nierenstein hätte den linksigen Handfuß, zu dem er sich jetzt verstand, wahrscheinlich nicht gelieft. „So, das ist hübsch, Professorchen!“ lobte ihn die alte Dame, „nun sind wir wieder Freunde.“ Ich erwarte, daß Sie auch meinem Alten die Hand reichen. Und was den Doktor betrifft —“
„Ich kann dem Menschen kein gut Wort geben!“
„Wenn Sie eine Genugtuung anderer Art vorziehen —“
„Nein!“ stülterte der Gelehrte. „Ich bin entschlossen, zu verweigern. Ich hätte den Menschen für vernünftiger gehalten, als daß er darauf dringt, sich mit mir zu schlagen! Das Duell ist eine Albernheit, eine Lächerlichkeit, eine Nichts-würdigkeit! Ich eifere bei unseren Studenten stets dagegen, daß sollte jetzt selbst einer Unsitte frönen, die ich hasse, verachte, verabscheue?“
„Meinen Sie“ entgegnete die Unterhändlerin gelassen dem Festigen, „Doktor Martini werde Ihnen mit Vergnügen einen Arm lähmen oder ein Bein zerschmettern? Dazu ist er viel zu edler Mensch. Lügen wird er Sie auf keinen Fall, das hat er aus freien Stücken versprochen; denn er ist der Wissenschaft keinen so wichtigen Vertreter rauben.“
„Hat er das gesagt, Frau Kollegin?“
„Wante ich? Ihnen sonst wiederholen?“
„Ich meine: hat er's mit denselben Worten geäußert?“

„Allerdings.“
„Das würde ja doch Pietät verraten!“
„Wer behauptet, es mangle ihm daran?“
„Im Waggon legte er keine an den Tag!“
„Aber lieber Professor, wohin gerät ihre Logik? Geseht, Martini wäre Ihr Reisegefährte gewesen, und nicht sein Doppelgänger, kannte er Sie denn? Gaben Sie sich ihm zu erkennen? Warum nannten Sie sich nicht?“
„Das ist wahr!“ Und der Professor fuhr sich durch das dünne Haar. „Ich hätte mich ihm sollen zu erkennen geben.“
„Nun also! Es ist mir lieb, daß Sie endlich zur Einsicht kommen, Nierensteinchen!“
„Bitte, Frau Kollegin, ich besinne mich, seine Ungezogenheit machte mir's unmöglich. Ich fragte ihn: wer sind Sie? und bekam die impertinente Antwort, das könne mir so gleichgültig sein, wie mein Name ihm. Läßt sich eine abschaulichere Dreistigkeit denken?“
Madame Prinz winkte ihm, inne zu halten.
Nach einer kleinen Pause sprach die Professorin: „Sie sind reichbar, Lieber; die Ihrigen dürfen es Ihnen nicht sagen, um Ihre Nervosität nicht zu steigern.“
„Erlauben Sie —“
„Sehr gern, sobald ich zu Ende bin! In welchem Ton sprechen Sie beispielsweise jetzt zu mir? Ist er etwa nicht gereizt und spitzfindig? Doch ich verzeihe Ihnen und Ihre grundgütige Marie tut's auch. Aber wägen Sie, Ihre Ungezogenheit habe goldene Tage? Daß Gott erbarm! Sie wissen gar nicht mehr, wenn Sie unliebenswürdig werden und wie ein Pater zu tollern anfangen. Sie wissen's nicht, weil niemand von uns Sie daran erinnert. Dürfen Sie aber von einem Mildtrotzigen, der Sie zufällig auf der Reise trifft, die nämliche Schonung beanspruchen? Doktor Martini, oder vielmehr sein Doppelgänger, hätte ja einen Schwächling verraten, wäre er Ihnen nicht entgegengetreten. Und aestern benahm sich unser junger Freund wahrlich großmütig —“
„Auch gegen Sie. Hätte er die Achtung vor einem fremden Hause im gleichem Grade aus den Augen gesetzt und das Gahrrecht gemißbraucht, wie Sie, mein Guter, was wäre daraus geworden? Ein eben so jähzorniges Individuum, wie Sie, hätte Ihnen vielleicht auf der Stelle — o, ich scheue mich, es auszusprechen!“
Der kleine Herr stand zerrnisch. Die Wahrheit ihrer Worte ging ihm wider seinen Willen ein, zumal sie mit

aufgeordneter Ruhe und Überlegung gesprochen wurden. Hier machte sich keine plötzliche Aufwallung geltend, wie sie in seinem Wesen lag; deshalb fühlte er um so mehr, daß jeder Anlaß zu einer Widerlegung scheitern würde. Niedergeschlagenen Auges trat er ganz dicht vor die Sitzende und hob mit auffallend weicher Stimme an: „Sagen Sie mir einmal, Frau Kollegin, mache ich wirklich den Meinen das Leben so schwer?“
„Ich habe es Ihnen ja schon gesagt“, Klang die sanfte Erwiderung.
„Das sollte mir leid tun!“
„O, wenn es Ihnen nur leid täte, Professorchen! dann würden Sie mehr auf sich acht geben, Ihre ungerechtfertigten Zornausbrüche überwachen, einschränken und bald ein ganz anderer, ja ein viel angenehmerer Mann werden.“
„Hm!“ Er legte sinnend die Hand an's Kinn.
Madame Prinz nahm ihren Vortell war; jetzt war etwas von Nierenstein zu erreichen. Wenn Sie ruhig nachdenken“, begann sie klug, „überzeugen Sie sich gewiß auch, daß durch Nachgiebigkeit gegen Doktor Martini weder Ihrer Würde noch Ihren Jahren der geringste Eintrag geschieht. Der junge Mann würde sich unendlich freuen, seine verlebte Ehre auf friedlichem Wege hergestellt zu sehen.“ Sie schwieg, die Wirkung ihrer eindringlichen Rede abwartend.
Der Brust des Professors entstieg ein Seufzer: „Ich will mich herbeilassen, meiner Frau und Schwägerin alle etwaigen Kränkungen —“
„Nicht weiter!“ unterbrach die verständige Matrone, „ich ahne, was da kommen soll: den Doktor wollen Sie nicht verzeihen! Nun hören Sie ein: erweitern Sie das Herz wärms zwischen sich und ihm, so brechen Sie Lulu's Herz! Sie brauchen mich nicht wieder zornfunkelnd anzusehen — das Mädchen hat eine Neigung für Martini gefaßt, eine tiefe Neigung!“
„Was sagen Sie?“
„Und wollen Sie die trüben Stunden ausgleichen, die Ihre Launenhaftigkeit in das junge Leben der stillen Dulderin geworfen, wollen Sie das herzige Kind für die namenlose Angst entschädigen, die sie um den Ausgang Ihres Zwistes mit Martini leidet, so wissen Sie, ohne daß ich's Ihnen sage, was Sie zu tun haben, Punktum!“ Die Sprecherin erhob sich.
„Frau Kollegin — das — das überrascht mich — in einer Weise —“

beziehungsweise Minimallohne von 5 Frank 50 Centimes für sämtliche für die Kleider arbeitenden Damen-Arbeiterkategorien, die nach Ablauf von vierzehn Tagen in Kraft treten wird. Der Bürgermeister sichert ferner den Arbeitern die Aufhebung jener cartes de travail (Union pour la protection du travail) gebunden waren, die eine reine Unternehmerorganisation ist, die man aber gerade deshalb zum Schiedsrichter in allen Konflikten zwischen den Arbeitern und Unternehmern bestellt hat. Durch die Empfangnahme dieser Inbetriebsetzung der Arbeiter eben jenen „Kontra“ ein besser „Scrup“ die Förderung als verdreherischer Schwundart den Streikenden angerechnet hat. Um die Arbeiter über der „Union“ auszuliefern — denn sie dürfen nicht werden — nur dem — Schiedsgericht der Unternehmung vorzulegen und weder in Streit treten noch sonst selbständig vorgehen — haben die Unternehmer die Vereinbarung getroffen, ohne Arbeitskarten keine Arbeit zu geben. Es begriff sich aber, welchen Wert die Arbeiter dieser Zusage beimessen, durch die sie ihre Selbständigkeit gewinnen und die Möglichkeit, die Organisation und nur die Organisation zur Verteidigerin und Sachwalterin ihrer Interessen einzusehen. Als Drittes wird den Arbeitern die Entlassung der „Gelben“ innerhalb acht Tagen zugesagt. Daß nicht der volle Frank errungen wurde, ist bedauerlich — indes das Errungene ist ein Schritt und aus kleinen und großen Schritten besteht der Weg unserer Organisationen zu ihren Zielen. ... So ist das Errungene ein Erfolg, dessen die Arbeiter sich aufrichtig freuen können. Und das Gefühl des Erfolges gab auch dem Entscheidungsmeeting seine Signatur. Die Darlegungen der Redner, die alle den Erfolg des Kampfes kennzeichneten und die Arbeitsaufnahme unter Bedingungen, die der Ehre der Streikenden nicht widersprechen, waren empfindlich. Ein brausendes Bravo erfolgte, als die Abstimmung eine fast einstimmige Annahme ergab. Es war ein dramatischer Moment in dieser auch sonst so machtvollen Versammlung, der nicht vergessen werden kann. Aus den Reihen der jungen hünenhaften Burischen, wischhaariger, krausgezählter Männer klang durch den Riesenaal des Palais Rubens' als Schlußakkord der Entscheidung das rhythmisch kraftvolle „Vand“-Lied in alle ergreifender und wütender Bewegung empor. ...

Mit der freudigen Vorahnung über das Ende des Streiks brachte die bürgerliche Presse gleichzeitig ein Interview mit Herrn Steinmann, der es für notwendig hielt, knapp nach der Entscheidung den schwer errungenen Frieden schon zu gefährden. Hochmütig erklärte er aufs neue, daß die „Föderation maritime“ ihren Standpunkt nicht verlassen habe, noch verlassen werde, und die Arbeiter nach wie vor nur durch die „Union“ eine eventuelle Lohnerhöhung erhalten könnten. Die Föderation habe keinerlei Verhandlungen gemacht, die den Bürgermeistern zu seinen Vorläufen berechtigt hätten. ... Ausgeredet aber ging heute dem Anwerber „Martin“ eine jugendliche amtliche Verfügung dieser neuerlichen Herausforderung zu, nämlich ein vom Sekretär der „Föderation“ und von Steinmann gefertigtes Schreiben, in dem gleichfalls der Bürgermeister desavouiert und gelugnet wird, daß Zusage irgendwelcher Art gemacht worden sind. Auch hier in dem Schreiben werden die Arbeiter auf den Weg des Schiedsgerichts der „Union“ verwiesen.

Was bedeutet diese Grundaktion? Es ist wohl nicht anzunehmen, daß der Bürgermeister Gesetze unbefugt die herrschenden Verhältnisse geändert hat, um nur die Arbeiter zum Arbeit zu bewegen und die Krise zu bannen. Das wäre die schäblichste Jähling, die die Hafenarbeiter entsetzend beunruhigen würden. Denn der Brief, mit dem der Bürgermeister Namen gezeichnet, ist klar und klar gehalten — Schritte in andere und wohl maßvollere Wege die Erklärung, daß der größere Teil der Föderation vor dem Bürgermeistern die Zusage gemacht hat und die Föderation nicht mehr beabsichtigt ist, im Namen der Majorität Grundaktionen zu erlassen. Aber die ganze Bevölkerung anzunehmen das Ereignis kommen der Streikenden eben so wie als Krise und Gefahr, der weitestgehende Teil der Arbeit inbegriffen die Föderation desavouieren und befehlen. Sollte es Steinmann und wie viele wirklich sagen, daß dieser erregte Mann gefahren ist, um zu erklären, so würde der Kampf auf neue Grundlagen und die ganze Bevölkerung würde auf einen der Docks. Aber noch heute alle, daß man der Entscheidung der Generalversammlung der Bewegung „Kampf“ der Docks sein Schicksal verhängt hat. ...

Die Forderung über den Preis für die Arbeiter zu machen. Nach einer unruhigen Sitzung beschloß die „Föderation“ will heute noch nicht unterliegen. Der junge Mann ist von demselben Gefühl für seine eigenen und die der Arbeiter erfüllt. Er ist in der Lage, die Arbeiter zu überzeugen und sie zu überzeugen, daß sie in ihrem Bestreben unterstützt werden und daß sie in ihrem Bestreben unterstützt werden. ...

ration Maritime“, die Steuer anzuweisen, alle Arbeiter, die den gewöhnlichen Betrieb versehen, wieder einzustellen.

Gemeinbewaffnet. Im Dorfe Düren bei Pforzheim ging bei den Wahlen zum Bürgerausschuß der sozialdemokratische Vorschlag für die dritte Klasse glatt durch. Gewählt sind neun unserer Parteigenossen. Durch diesen Sieg ist die dritte Klasse vollständig mit Vertretern unserer Partei besetzt. Düren hat 1000 Einwohner.

Vom Fortschritt der Presse. In Pforzheim erscheint vom Sonntag, den 29. September, ab die „Pforzheimer Freie Presse“.

Die „Preßfreiheit“ und der Oberstaatsanwalt. Vor einiger Zeit stellte Genosse Markwald in Königsberg gegen den Staatsanwalt Mir Strafantrag wegen Beleidigung, weil, weil dieser Herr ihn der „Preßfreiheit“ ziele. Die Staatsanwaltschaft wies den Strafantrag zurück, weil Herr Mir nach ihrer Meinung die Absicht der Beleidigung gefehlt habe. Genosse Markwald wandte sich gegen diese wunderliche Auffassung mit einer Beschwerde an den Oberstaatsanwalt, der indes gleichfalls das strafrechtliche Eingreifen ablehnte. Nunmehr hat sich unser Genosse an den Justizminister gewandt, damit dieser die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der öffentlichen Klage veranlasse. Es liegt unseren Königsberger Genossen daran, die in Preußen gesetzlich gewährleistete Rechtsgleichheit aller Staatsbürger ohne Unterschied des Standes oder der Parteistellung nach allen Seiten zu beleuchten.

Schiedsgerichtsurteil. Am Mittwoch den 25. September tagte in Berlin ein Schiedsgericht in Sachen Dr. R. Friedeberg. Dieses Schiedsgericht hat folgenden Spruch gefällt: Der dritte Berliner Reichstagswahlkreis hat auf Grund der Erklärung, die Dr. R. Friedeberg in der Versammlung vom 17. Oktober 1906 abgab, und im Wortlaut vom 19. Oktober wiederholte, den Antrag auf dessen Ausschluß aus der Partei gestellt. In dieser Erklärung sagt Friedeberg:

„Dann habe ich zu erklären, daß ich nach wie vor auf dem Boden des von mir bisher vertretenen Anarchosozialismus stehe, daß ich demzufolge vermehre den Parlamentarismus und den politischen Massenstreik, der ja innerhalb des heutigen Klassenstaates und innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus dem Proletariat parlamentarische Rechte sichern soll. Daß ich dagegen nach wie vor eintrete für die Propaganda der Geisteslosigkeit, der Religionslosigkeit, der Vaterlandslosigkeit und des Antimilitarismus. Daß ich nach wie vor eintrete für die direkte Aktion und den anarchosozialistischen Generalstreik, der unter Verweigerung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse die Zerstörung der kapitalistischen Ordnung und die Verwirklichung des Klassenkampfes zum Endzweck hat.“

Das Schiedsgericht, beruhend auf den unterzeichneten Genossen, hat auf Grund dieser Erklärung die Überzeugung erlangt, daß der Anarchosozialismus, wie ihn A. Friedeberg auseinandersetzt, unvereinbar ist mit den Grundbügen der Sozialdemokratie. Unser Programm erklärt, der Kampf der Arbeiterklasse ist ein politischer Kampf, ein Kampf um politische Rechte und dann um politische Macht. Diesen Kampf vertritt der Anarchosozialismus, denn er erklärt sich gegen den Parlamentarismus, d. h. gegen ein unter den gegebenen Verhältnissen unentbehrliches Mittel des politischen Kampfes. Er verwirft den politischen Massenstreik, weil er gebadet ist als ein Mittel, dem Proletariat parlamentarische Rechte zu sichern; und er predigt die Propaganda der Geisteslosigkeit, während die Sozialdemokratie die geistesgebende Propaganda erheben will, um die Geistes- und Interessen des Proletariats zu ändern. Die Grundbügen des Anarchosozialismus sind unvereinbar mit den Grundbügen der Sozialdemokratie. Die Anarchisten haben sich dementsprechend auch eigene Organisationen geschaffen, die nicht nur von denen der Sozialdemokratie getrennt sind, sondern ihnen auch unvereinbar feindlich gegenüberstehen. Wenn A. Friedeberg diese Grundbügen zu den seinen macht, hat er sich damit ohne weiteres außerhalb des Rahmens der Sozialdemokratie gestellt. So sehr das Schiedsgericht seine Verdienste um das Proletariat und seine verlässliche Ehrenhaftigkeit anerkennt und so sehr es bedauert, das verhängende Band mit ihm zerbrechen zu müssen, so muß es doch erklären, daß Friedeberg durch diese Erklärung ausgetreten hat. Sozialdemokrat zu sein und nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden kann.

Berlin 25. September 1907.
H. Bergmann, Karl Geyer, Karl Kausch, Otto Kräter, G. Legien, Wilhelm Mühs, Kurt Stadthagen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein merkwürdiger Prozeß. Ein feistlicher Prozeß beschloß die Breslauer Strafkammer. Ein Bäckermeister hatte seinem Gefellen das Verbandsorgan vorenthalten, das

bislang von der Verbandsleitung regelmäßig zugesandt, vom Briefträger aber im Laden abgegeben worden war. Seitens der Verbandsleitung wurde deshalb Strafantrag wegen Unterdrückung und Verletzung des Briefgeheimnisses gestellt. Der Erste Amtsanwalt lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab, weil der Bäckermeister „glaubhaft versichert“ hatte, daß er die Zeitung an den Gefellen nur versehentlich nicht abgeliefert hatte. Seitens der Verbandsleitung wurde daraufhin Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft erhoben. Mittlerweile hatte die „Breslauer Volkswacht“ das Schreiben des Ersten Amtsanwalts abgedruckt und eine scharfe Kritik daran geübt. Die Folge war, daß Genosse Kaul als verantwortlicher Redakteur eine Anklage nach § 17 des Preßgesetzes erhielt, weil er ein amtliches Schriftstück aus einem Strafprozeß nachgedruckt haben sollte, bevor das Verfahren erledigt war. Vor Gericht verteidigte er sich dahin, daß ein Strafverfahren noch gar nicht vorgelegen habe, denn die Eröffnung sei ja abgelehnt worden. Das Ermittlungsverfahren sei aber bereits erledigt gewesen, denn auf Grund des Ergebnisses dieses Verfahrens sei ja der Erste Amtsanwalt dahin gekommen, die Einleitung eines Strafverfahrens abzulehnen. Eine Übertretung dieses Schriftstückes nicht erfolgt, wenn man dem Gesetz nicht Zwang antun wolle. Der Staatsanwalt dagegen beantragte 20 Mk. Geldstrafe. Das Vorverfahren sei noch nicht abgeschlossen gewesen, nachdem gegen den Bescheid des Ersten Amtsanwalts Beschwerde erhoben worden sei. Das Gericht nahm an, daß der Staatsanwalt mit seiner Ansicht recht habe, erkannte aber nur auf 5 Mk. Geldstrafe.

Die Karlsruher Sau-Krawalle vor Gericht. Am 24. September standen vor dem Karlsruher Schöffengericht 10 von jenen Angeklagten, die sich in der Nacht des 23. Juli an den sogenannten Sau-Krawallen beteiligt hatten. Die Anklage lautete auf Widerstand und Beleidigung gegen Mannschaften der bewaffneten Macht. Es waren nicht nur Arbeiter unter den Angeklagten, sondern auch Kaufleute, Reisende, Handwerker usw. Das Urteil lautete auf 10 Tage bis 5 Wochen Haft bzw. Gefängnis für sechs Angeklagte, auf 10 Mk. und 30 Mk. Geldstrafe für zwei Angeklagte, weitere zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Geladen waren als Zeugen circa 40 Militärpersonen.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 30. September 1907.

Der Vorsitz der Bürgerschaft, Dr. Götz, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten und widmet dem verstorbenen Mitglied Meeths einen warmen Nachruf. Weiter wurde mitgeteilt, daß Landrichter Dr. Sommer aus der Bürgerschaft ausgeschieden ist.

Ziele beauftragt in Anbetracht des Unfalles Meeths, die Bürgerausschußmitglieder in die Haftpflichtversicherung aufzunehmen.

Wissell teilt mit, daß er den Senat darüber interpellieren will, wie es möglich ist, daß ein Bericht über die städtische Schweinemastanlage in auswärtigen Blättern veröffentlicht werden konnte, während die Bürgerschaft bisher keine Nachricht von dem Ergebnis der Schweinemast erhielt.

Der Vorsitz macht bekannt, daß ihm eine ganze Anzahl von Eingaben zugegangen sind.

Der erste Senatsantrag betrifft die Genehmigung eines Vertrages mit der Firma Carl Tesdorpf wegen Grunderwerbes an der Mengstraße und an der Straße An der Untertrave u. v. d. a.

v. Schack: Aus dem Bericht der Kommission geht hervor, daß die Firma Tesdorpf pro Quadratmeter 730 Mk. verlangt. Vor einigen Jahren wurden von der Firma nur etwas über 200 Mk. pro Quadratmeter für dasselbe Grundstück verlangt. (Hört, hört!) Die Verbreiterung der kurzen Straßenseite würde eine ganz enorme Summe kosten, zumal die anderen Anlieger, deren Grundstücke mit erworben werden müssen, auch ebenso hohe Preise fordern können. Es ist unter solchen Umständen besser und billiger, die andere Seite der Straße zu verbreitern. Redner bittet um Ablehnung der Senatsvorlage.

Senator Dr. Vermehren hält den von Tesdorpf geforderten Preis für angemessen in Rücksicht darauf, daß Tesdorpf nach der Abtretung des Grundstückes erhebliche Veränderungen in seinem Geschäftsbetriebe vornehmen muß. Später würde der Ankauf der Grundstücke mit erheblich größeren Opfern verknüpft sein.

Senator Kabe sucht nachzuweisen, daß die Verbreiterung der Untertrave zwischen der Mengstraße und Beckergasse notwendig sei und befürwortet den Senatsantrag.

Wissell: Obwohl wir prinzipiell für die Entscheidung von Grund und Boden sind, werden wir dennoch gegen den Senatsantrag stimmen. Enteignungen sollen nach der Verfassung nur dann vorgenommen werden, wenn es sich um

„Ich will heute noch nicht unterliegen. Der junge Mann ist von demselben Gefühl für seine eigenen und die der Arbeiter erfüllt. Er ist in der Lage, die Arbeiter zu überzeugen und sie zu überzeugen, daß sie in ihrem Bestreben unterstützt werden und daß sie in ihrem Bestreben unterstützt werden. ...“

„Belagerungsmaschine!“ begrüßte ihr Gatte sie im Einmin zu Hause, und Martini frag auf sie zu: „Gewonnen oder verloren?“

„Gewonnen, Geduld! Zunächst habe ich Hunger.“ Damit wollte sie jede Anstrengung vorläufig aufheben. „Nicht so leicht! Sie erfahren doch vor Lichte nichts, Doktor, wenn Sie mit auch Gut und Mangel abnehmen helfen. Kinder müssen warten lernen.“

„Nicht, nicht! Du was?“ rief Professor Prinz, der sich in hoher Stimm befand. „Du sollst Dir auch Vater Waldmanns Brautbuch, gedruckt in diesem Jahre, und ein Punktbuch anschauen oder noch besser Kontenregister revidieren und die Höhe feststellen lernen. Ich glaube, da wäre ein Geschäft für Dich zu machen.“

„Oh Du mich zum besten hast oder nicht, daran kehre ich mich wenig!“ lachte sie gutmütig.

„Wie es recht günstig für mich?“ schloß Martini aus ihrer Verästelung.

„Das weiß ich nicht.“ erwiderte sie ernst.

„Doch“, rief Prinz dem Gatte, „um Sie ihr nicht den Gefallen, Kasper zu verraten; helfen Sie sich an, als läge Ihnen an der ganzen Sache gar nichts, dann können Sie sich immer nehmen, Sie behält es nicht lange bei sich und plant es alles aus, was sie auf dem Herzen hat.“

„Das wollen wir doch sehen!“ erklärte sie mit Energie, „wenn die Köchin mit der Suppe erschien, nach ihren Gefallen, harte der Mann, als sie freudig gebrungen kamen, nach Gefallen, hand ihnen die Servietten an den Hals, hob für jedes und ließ neben sich auf erhöhter Stühle und forderte der Mann an, ihr gegenüber Platz zu nehmen. Der Doktor tat es höflich und die Köche der Erwartung im Gesicht, der Professor hingegen schmunzelte.“

„Doch, so geht es mit manchen Ehe noch nicht vorangeht, mit heute. Aber nehmen Sie die Versicherung, Madame geht bei ihrer Selbstbeherrschung manchmal mehr an, als Sie unter dem Druck der Ungewissheit.“

„Wie mich denn, Madame, möchtest Du nicht endlich loslassen?“

„Das könnte Dir ergehen!“ erwiderte sie mit Gemütsdruck und aller der Danks.

„Oh du mein Teufelchen, heute, heute,“ scherzte Prinz; „Du gibst Dir am Ende noch Sedbrümmen zu“

und muß dann wieder zu Deinem vermaledeiten Hausmittel greifen, dem Bullrischen Salz, das ich —“

Starkes Klöpfen an die Tür rettete das Bullrische Salz vor der weiteren Stichelei des Professors. Wer ward nicht hat? Nierensteins Stiefelpußer, der zugleich ein Famulus für den Mineralogen war und nachts zwischen den Bruchstücken aller Felsarten auf Erden schlief. Das Vollbewußtsein der Dienste, die er der Wissenschaft leistete, stand dem Manne auf dem Gesicht geschrieben. Er blickte stets ernst dazwischen, wie die Gesteine, mit denen er umging. Wenn der seltsame Kürassier-General Pappenheim sich rühmte, nie gemeint zu haben, so konnte sich dieser Stiefelpußer rühmen, daß nie ein Lachen sein edles Antlitz verumflakete.

„Was bringen Sie Nierensteiner?“ Anders nannte Professor Prinz das Faktotum seines Kollegen nicht. Wichtigen Schritten trat der Angeredete vor und sprach mit Gravität: „Einen Empfehlung vom Herrn Professor an den Herrn Doktor —“ er hielt inne und besah die Adresse des Biletts, das in seiner Faust steckte — „Herrn Doktor Martini.“

„Dieser Mann“, erläuterte Prinz, nach dem Brief langend, „besitzt klassische Bildung, daher macht er Sie unter Beihilfe der unleserlichen Schrift seines Gebieters zum alten Römer.“

Martini's Finger zuckten nach dem Papier.

„Es ist gut, Nierensteiner!“ bemerkte der Hausherr.

„Ich soll auf Antwort warten, Herr Professor.“

„Die Einladung gilt uns allen!“ rief Martini strahlenden Gesichts. Professor Nierenstein hat die Güte, Frau und Herrn Professor Prinz nebst meiner Beweiskraft auf heute nachmittag zu einer Tasse Kaffee zu erbiten.“

„Angenommen!“ entschied Prinz. „Bestellen Sie, wir würden kommen!“

„Zu Befehl, Herr Professor!“ Der Note drehte sich auf dem Hufeisen seines Abganges um.

„Gut, Nierensteiner!“ lachend nannte Prinz. „Können Sie wohl einen Schluß Kafen vertragen?“

„Indirekt befahte der Famulus: „Habe meiner Zeit als Unteroffizier manchen hinter die Binde gegossen, Herr Professor!“

(Fortsetzung folgt.)

Gründe des öffentlichen Wohls handelt. Hier wird aber Grund und Boden enteignet, um ihn einem andern zu geben. Das kleine Grundstück wird Herrn Hahn, ohne ihn zu fragen, genommen, um es Herrn Tesdorpf zu geben. Würde man auch ebenso handeln, wenn Hahn nun vorbringen würde, ihm für den enteigneten Grund und Boden aus dem Nachbargrundstück Ersatz zu schaffen. Ich glaube nicht. Dem kleinen nimmt man einfach, um es dem großen Bruder zu geben. Der Preis, den der Staat an Herrn Tesdorpf zahlt, ist noch weit höher, als Herr v. Schack angegeben hat; er beträgt mehr als 1000 Mk. pro Quadratmeter. Redner bittet um glatte Ablehnung des Senatsantrages.

Senator Dr. Vermehren: Es handelt sich hier nicht darum, der Firma Tesdorpf Vorteile zu bieten, sondern nur im Interesse des öffentlichen Wohls wird die Enteignung vorgenommen zwecks Verbreiterung der Straße. Herrn Hahn geschieht kein Unrecht, sondern seine Interessen werden ihm voll entschädigt. Durch den Senatsantrag werden mit einem Male gesunde Verhältnisse an der Untertrave geschaffen.

Heinsohn meint, daß durch Verlegung des Schuppens an der Trave zwischen Mengstraße und Beckergrube schon eine erhebliche Verkehrsverbesserung zu schaffen sei. Das würde nicht allzu teuer werden. Redner wünscht ein einheitliches Gesetz für das Enteignungsverfahren, damit jeder weiß, wie er sich zu verhalten hat, wenn er einmal von der Enteignung betroffen wird und bittet um Ablehnung des Senatsantrages, da 1000 Mk. Entschädigung für einen Quadratmeter viel zu hoch sei.

Senator Rabe tritt den Ausführungen Heinsohns entgegen und befürwortet die Senatsvorlage.

Dr. Lienau bittet um Ablehnung des ersten Teiles der Senatsvorlage, da eine Erfüllung des Vertrages mit Tesdorpf zur Verbreiterung der Vorlage nicht notwendig sei.

Senator Dr. Vermehren bezeichnet die Bedenken Dr. Lienaus als formale.

Buchwald bezeichnet es als ungeschickt, wie die Verhandlungen bisher geführt worden sind. In der Vorlage wird einfach ausgesprochen, daß das Grundstück von Hahn enteignet werden soll. Wir wissen aber noch garnicht, was Hahn für sein Grundstück verlangen wird. Wenn die Firma Tesdorpf schon 40 000 Mk. für die Minderung des Wertes ihres Weines durch die Enteignung erhält, so kann Hahn vielleicht anführen, ihm sei durch die Enteignung seine Existenz untergraben, um einen hohen Ersatz dafür zu fordern. Es ist übrigens fraglich, ob eine Verbreiterung der in Aussicht genommenen Stelle absolut notwendig ist. Es gibt in Lübeck noch Straßen genug, die ebenso dringend einer Verbreiterung bedürfen, an deren Verbreiterung aber niemand denkt. Ich bin mit anderen Rednern der Ansicht, daß es sehr bedenklich ist, im Wege der freien Vereinbarung so große Summen für den Erwerb von Grundstücken auszugeben.

Senator Rabe antwortet hierauf, bleibt jedoch unentschiedlich.

Dimpfer betont, daß die geplante Verbreiterung der Untertrave notwendig sei.

Wissell: Der Senat hat mit Herrn Hahn überhaupt nicht verhandelt, sondern nur Herr Dr. Wittern im Auftrage der Firma Tesdorpf. Herrn Hahn wurde für das Grundstück 35 000 Mk. geboten und ein Eckladen in der unteren Mengstraße, allerdings ohne Wohnung. Wie kann da der Senat sagen, Hahn habe unbegründete Ansprüche erhoben.

Glau spricht sich gegen die Senatsvorlage aus; ebenso Heinsohn und v. Schack.

Dr. v. Brocken meint, daß die Folgen, die aus der Ablehnung der Senatsvorlage entstehen können, nicht genügend erörtert worden sind. Die Erfahrungen in Enteignungsprozessen sind derartige, daß der Prozeß gegen die Firma Tesdorpf dem Staat erhebliche Summen kosten kann. Redner ersucht um Ablehnung des Senatsantrages und bittet, an den Senat das Ersuchen zu richten, das Enteignungsgesetz aufzuheben.

Senator Dr. Fehling: Mit Herrn Hahn ist durch einen angesehenen Makler verhandelt worden, doch war die geforderte Summe zu hoch. Später hat Hahn erklärt, er wolle überhaupt nicht verkaufen.

Brösch-Harmsdorf ist gegen die Senatsvorlage aus finanziellen Gründen. Man könne die erparten Gelder für den Ausbau der Landstraße verwenden. (Heiterkeit.)

Wissell: Ich kann nicht beistimmen, daß ein Makler mit Herrn Hahn verhandelt hat; derselbe hat jedoch mit keinem Worte gesagt, daß er im Auftrage des Staates komme. Über die angeblich zu hohen Forderungen des Herrn Hahn hat der Senat keine Angaben gemacht. Den Antrag des Herrn v. Brocken lehne ich ab, da die Konsequenzen desselben nicht zu übersehen sind.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Senatsantrag abgelehnt.

Das Ersuchen Dr. v. Brockens wird angenommen.

Nunmehr wird die wiederholte Beratung des Antrages Schneider betr. vorgenommen.

Wiederholte Beratung des Antrages Schneider betr. Ersuchen an den Senat um Erwägung, ob die Beiträge zu Pensionskassen, welche den im lübeckischen Staate Einkommensteuer zahlenden Beamten von ihrem Gehalte gekürzt werden, ferner die

Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung, sowie die Lebensversicherungsprämien bis zu einem Betrage von Mk. 300 als abzugsfähig von dem zu versteuernden Einkommen zu erklären sind.

Schneider gibt anheim, den Antrag abzulehnen, nach dem der Senat ein neues Einkommensteuergesetz ausarbeiten läßt.

Der Antrag Schneider wird abgelehnt. Zum Bürgerausschußmitglied wird A. J. B. Schulz gewählt; Wissell erhielt 4 Stimmen.

Debattelos genehmigt wird der Senatsantrag betr. Abänderung des Besoldungsetats für die Beamten der lübeckischen Zollverwaltung.

Beim Senatsantrag, betr. Erweiterung des Schulhauses zu Schönböcken fragt

Wissell an, ob die Rechte der Guts herrschaft Schönböcken erweitert worden sind und wie es mit der Anstellung der Schulärzte stehe.

Senator Dr. Fehling: Die Frage der Schulärzte ist Gegenstand eingehender Erörterung innerhalb der Behörde.

Lauenstein: Die Rechte der Guts herrschaft sind nicht erörtert worden.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Beim Senatsantrag betr. Ankauf der östlich der Schwartauer Allee nach Abgabe des Rat- und Bürgerbeschlusses vom 20. Juli 1907 zu enteignenden Flächen wünscht

Schwabroch eine Verbesserung der Karlstraße.

Die Vorlage wird genehmigt.

Der nächste Senatsantrag verlangt die Herstellung einer Entwässerungsanlage in der Ernststraße, Rabenstraße und im Grünen Weg.

Lauenstein ersucht um Verlegung der Frohnerlei, die selbst in diesem kühlen Sommer für die Nachbarn lästig geworden ist.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Mit der Beratung der Senatsvorlage betr. Erlaß von Bauvorschriften für eine Nebenstraße der Ringstraße in der Vorstadt St. Jürgen wird verbunden die Beratung des Antrages v. Schack: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, bei allen Anträgen, wo Lagepläne zum Verständnis der Vorlagen erforderlich sind, ihr gleichzeitig mit den Vorlagen einen darauf bezüglichen Orientierungsplan zugehen zu lassen.

Beide Anträge werden angenommen. Ebenso der Senatsantrag betr. Befestigung des Hürterdammes, der Hürtertor-Allee von der Falkenstraße bis zur Moltkestraße und der Wakenstraße von der Moltkestraße bis zur Stroblatenstraße.

Der nächste Senatsantrag betrifft Nachbewilligung für die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Ausgleichung ihrer Abrechnung vom Rechnungsjahre 1906.

Wissell richtet an den Senat die Anfrage, ob Mitteilungen über den Stand der Schweinemast an auswärtige Blätter gegeben worden sind, während die Bürgererschaft noch keinen Bericht erhalten hat.

Senator Fehling: Der Bericht ist erst in der letzten Sitzung der Behörden fertiggestellt worden. Mir ist es unverständlich, wie die Notiz in die Zeitung kommt.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Ohne wesentliche Debatte genehmigt werden die Senatsanträge betr.

Nachbewilligung von 8451,77 Mk. auf die Baukosten der Hauptfeuerwache. Neubau eines Doppel-Volksschulhauses an der verlängerten Brocksstraße.

Änderung und anderweitige Fassung der Übereinkunft der drei freien Hansestädte, betreffend das Hanseatische Oberlandesgericht.

Zur Beratung gelangt die Verordnung, betreffend die Erhebung eines Brückengeldes für die Herrenbrücke.

R. Kähler bittet, den Beschluß, das Brückengeld auf 2 Pfg. festzusetzen, bestehen zu lassen.

Senator Eschenburg: Der Senat ist aus finanziellen Gründen dem Beschluß der Bürgererschaft nicht beigetreten.

Gusmann bittet, das bisherige Brückengeld beizubehalten.

Klein hält seinen Antrag auf 2 Pfg. Brückengeld aufrecht.

Senator Eschenburg verteidigt die Haltung des Senates.

Legtmeyer ist im Prinzip gegen jedes Brückengeld, bittet jedoch jetzt das Brückengeld auf 5 Pfg. festzusetzen und später alles abzulehnen. (Gr. Heiterkeit.)

Es wird sodann beschlossen, das Brückengeld auf 5 Pfg. festzusetzen.

Die ganze Senatsvorlage wird angenommen. (Schluß folgt.)

Aus Nah und Fern.

Ein internationales Spielernest hob die Polizei in Liedenhausen aus. Drei Italiener und ein Franzose wurden als gewerbsmäßige Falschspieler verhaftet.

Nach einem Wortwechsel erstochen wurde auf dem Röhrenwalzwerk in Hülken ein Arbeiter von einem Borarbeiter. Letzterer wurde in Gelfentischen verhaftet.

Bei einer Gasexplosion im Geschäftslokal der Firma Wertheim in Fferloh wurde der Besitzer schwer, seine Frau leichter verletzt.

Mißglückter Aufstieg. Der Sonnabend vormittag erfolgte Aufstieg des Grafen Zeppelin mißglückte infolge Versagens der Propellererschraube. Der bereits aufgeblasene Ballon mußte auf das Wasser niedergelassen, von dem in der Nähe befindlichen Salondampfer "Stadt Konstanz" ins Schlepptau genommen und zur Ballonhalle gebracht werden.

Risiko der Arbeit. Durch einen Unfall bei den Lischarbeiten auf einem in Moß (Norwegen) im Hafen liegenden Dampfer der Wilson-Linie wurden drei Arbeiter getötet und drei andere verletzt.

Großfeuer in Savre. In der Nacht zum Sonnabend ist ein Schuppen in der Rue Renaud niedergebrannt, der als Lager und Werkstatt für Schiffsausrüstungen diente. Zwei große neuere Dampfer, die vor dem Schuppen ankerter, trugen bedeutenden Schaden davon. Ihre Kessel sind verbogen und ihr Oberbau ist verbrannt. Der Schaden wird auf 300 000 Francs geschätzt. Ein Feuerwehrmann ist bei den Löscharbeiten im Hafen ertrunken. Sein Leichnam wurde von Tauchern geborgen.

Eine sonderbare Meldung kommt aus Antwerpen: Der Untersuchungsrichter erklärte einer der Hauptverladefirmen gegenüber, daß bei dem geringsten Anzeichen von der Absicht einer Arbeiterausperrung die Mitglieder der Föderation Maritime sofort verhaftet werden würden.

75 000 Francs unterschlagen. Wegen Unterschlagung von 75 000 Francs wurde in Brüssel der Kassierer der dortigen Banque de Reports verhaftet. Er hatte einen entlassenen Beamten der Bank, mit dem zusammen er unglücklich spekuliert hatte, 75 000 Francs am Schalter ausgehändigt und alsdann behauptet, die Summe wäre ihm aus der Kasse entwendet worden. Sein Komplize ist mit dem Gelde flüchtig.

Eine sonderbare Meldung kommt aus Antwerpen: Der Untersuchungsrichter erklärte einer der Hauptverladefirmen gegenüber, daß bei dem geringsten Anzeichen von der Absicht einer Arbeiterausperrung die Mitglieder der Föderation Maritime sofort verhaftet werden würden.

Das Unwetter in Spanien. Aus Malaga wird gemeldet: Infolge der Überschwemmungen sind 2000 im Erdgeschloß gelegene Wohnungen nicht bewohnbar, wodurch 12 000 Personen obdachlos geworden sind. Im allgemeinen hat sich die Lage jedoch gebessert. — Ferner kommt folgende Trautmeldung aus Barcelona: Ein Teil der unteren Stadt steht unter Wasser.

15 Personen getötet. Aus Newyork wird gemeldet: Bei einem Eisenbahnunglück auf der Pennsylvaniana-Pahn, das 16 Kilometer westlich von Harrisburg (County Dauphin) stattfand, wurden 15 Personen getötet.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt
28. September.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 2206 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verbandschweine schwere 60—61 Mk., leichte 59—59 Mk., Sauen 50—55 Mk. und Ferkel 54—58 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Süddeutscher Postillon Nr. 20 ist soeben erschienen und bringt, wie immer, eine Fülle in Volk Bildern wie humoristisch-satirischen Leses. Das Titelbild "Mir ze handeln" gibt in trefflicher Weise einen Ausblick für die kommende Reichstagsperiode. Das Mittelbild zeigt uns den Kampf Koofer mit dem Trut-Drachen. Das Schluszbild reizt zu erneuter Kraft gegen den Kaffernblock. Der Staatsanwalt von D. ist eine gelungene Studie auf unsere Rechtshüter. Im Texte ist besonders hervorzuheben das Leitgedicht: Nordern. — Biedermeier bringt uns eine köstliche Begebenheit über Militaria in Sachsen. — Die "Damula" tot. (Geb.) — Macht geht vor Recht. (Geb.) — Wenn zwei dasselbe tun" von R. Schreiter, eine Erzählung über das gleiche Recht für Arm und Reich. — Peters der Getränke und noch vieles andere. Preis pro Nummer 10 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Wäsche für junge Leute
wird sauber gewaschen und geplättet
Friedenstraße 75, I.

Ohringe werden eingestackt
bei Frau E. Hannemann,
Mühlenstraße 8, pt.

Haite meinen Käfer-, Fräse- und Saarschneidemaschine bestens empfohlen.
J. Bohse, Wickenstraße 48.

Geschäfts-Verlegung.
Einem verehrten Publikum sowie allen Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, daß ich meine Bäckerei und Konditorei von Engelsgrube 54 nach meinem Hause

Weierstraße Nr. 18a
am 1. Oktober verlegen werde.

Es wird mein Bestreben sein, stets gute, saubere und schmackhafte Ware zu liefern und bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Albert Rebesky.

Petroleum-Kocher
in großer Auswahl zu billigen Preisen
empfehlen
Richard Hack, Kottwitzerstraße 39.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Gold-
arbeit, Fünfschiff 13

Allerf. Tafelbutter
eigenes Fabrikat Pfd. 1.30 Mk.

Feinste Butter
per Pfund 1.15 Mk.

Auf Wunsch frei ins Haus.

Zentral-Molkerei

Rostock.

Verkaufsstellen:
Breitestraße 11.

Waislinger Allee 2a.

Telephon Nummer 1910.

Tapeten
pro Rolle 10 Pfg.
Schwartauer Allee 4 I.

Magdeburger Saerfohl, ff. Salzgarten
empfehlen
Carl Trost, Sandenburger Allee 55 c.

**Bunte Kuh-
Krummesser**

Lütjenburger

sowie sämtliche
Weine und Spirituosen
empfehlen

Hans Pichelmann,

Friedenstr. 78, Cafe Brölingstr.

**Doppel-
Kümmel**

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfund 1,40 Mark.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.

Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.

1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhr-
Reparatur, b. h. Hürstraße
Gebäude zw. Rabatmarken.

Hannoversches

Brot

nach hannoverscher Art aus direkt
aus Hannover bezogenem Mehl hergestellt
wöchentlich 3mal frisch

liefert frei ins Haus die
Brot- und Feinbäckerei

Heinrich Hinrichs

Hürstraße 91—93.

Diesjährige Schmalzbohnen
per Pfund 20 Pfg.

Sachsewehre-Allee 25. Bernh. Grube
Empfehle Koch- u. Erbsenen, Schweden-
schafsbrot sowie jeden Sonnabend warmen
Quackwurst.
G. F. Leukefeld, Sophberg 1.

Junge Mädchen
werden als

Zigaretten-Arbeiterinnen

bei sofortigem Lohn kostenfrei ausgebildet
Lohnender Verdienst.

Tabak- u. Zigaretten-Fabrik Lubeca

Eimerbier

am Montags v. 5 b. 8 Uhr.

Gleichzeitig empfehle

ff. engl. Porter, Kulmbacher und Braunbier.

St. Gertrud-Brauerei

Schulstraße 8.

Telephon-Nr. 1194.

Karl Obst, Am Brink 11b.
Klebe- und billige Schuhreparatur-
Werkstatt.

Kronsbeeren,

täglich frisch, Bahn- und Postverwand.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Geschäfts-Wiederübernahme.

Dem geehrten Publikum und insbesondere den werthen Kunden der altbekannten

W. H. Schwedt'schen Bäckerei

Huxstrasse 91-93

teile ich hierdurch ergebenst mit, dass ich diese Bäckerei wieder übernommen habe und der Betrieb nach gründlicher Renovierung der Backräume und des Ladens am

1. Oktober wieder eröffnet wird.

Durch Verarbeitung nur allerbesten Materials und Herstellung schmackhaften und peinlichst sauber behandelten Gebäcks in tadelloser feinsten Qualität hoffe ich das der Bäckerei früher geschenkte Wohlwollen wieder zu erwerben, und bitte ich um gütige Unterstützung.

Alle Backwaren werden bereitwilligst frei ins Haus geliefert, und werden Bestellungen vom 1. Oktober an im Laden gern entgegengenommen.

Lübeck, den 1. Oktober 1907.

Hochachtungsvoll

Heinrich Hinrichs, Brot- und Feinbäckerei,

Huxstrasse 91-93, Ecke Schlumacherstrasse.

Aus den Wolken



fallen Sie

über die vorzügliche Qualität und den billigen Preis unseres

HANSA

Backpulver, Pudding-Pulver,
Salicyl-, Vanille-Saucen-Pulver,
Vanille-Zucker, Rote Grütze-Pulver.

Verlangen Sie nur die Fabrikate der
Back- und Puddingpulver-Fabrik

Stahmer & Wilms, Hamburg 17.

Wir gehören dem Verband der Fabrikanten von Markenartikeln nicht an.

Geschäfts-Uebernahme.

Am 1. Oktober übernehme ich die bisher von Herrn Rebesky innegehabte

Bäckerei Engelsgrube 54

Gute Engelswirth.

Durch langjährige Thätigkeit in ersten Bäckereien und Konditoreien bin ich in der Lage, insbes. auf Güte und sauberste Ausführung allen berechtigten Anforderungen zu genügen.

Ich bitte meine verehrte Nachbarschaft, sowie ein fernes wohnendes Publikum, das dem Geschäft seit langen Jahren geschenkte Vertrauen auch mir zu erhalten.

Empfehle jeden Nachmittag von 3 Uhr an

warme Zwiebäde.

Prompte Bedienung.

Lieferung frei Haus.

Hochachtungsvoll Albert Böge.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck. Winter-Lehrplan:

Deutsche Sprache: Dienstag.

Englische Sprache: Mittwoch und Donnerstag. (2 gleichartige Kurse.)

Die Teilnahme ist jedoch nur an einem derselben gestattet.)

Rede-Uebung: Donnerstag.

Beginn der Kurse: Dienstag, den 8. Oktober. Dauer derselben von 8 1/2 Uhr bis 10 Uhr abends. Unterrichtslokal: Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Das Unterrichtsgebäude befindet sich in der ehemaligen Wohnung des Herrn Rebesky, Johannisstr. 50/52. Außerdem hat jedes der vier Kurse ein eigenes Klassenzimmer zum Zwecke der Uebung der englischen Sprache zu erhalten. Für die Uebung der englischen Sprache sind 3 Mk. extra zu zahlen.

Die Uebernahme der Schülerarbeiten und Schüler hat am Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche abends von 8-9 Uhr im Vereinshaus gegen Zahlung des Eintrittsgeldes, eines Monatsbeitrages, der Uebungsgebühren und eines Mk. für den englischen Kursus zu erfolgen. Für die Uebung der englischen Sprache sind 3 Mk. extra zu zahlen. Die Uebernahme der Schülerarbeiten hat am Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche abends von 8-9 Uhr im Vereinshaus gegen Zahlung des Eintrittsgeldes, eines Monatsbeitrages, der Uebungsgebühren und eines Mk. für den englischen Kursus zu erfolgen. Für die Uebung der englischen Sprache sind 3 Mk. extra zu zahlen.

Der Vorstand.

Oeffentl. Versammlung

künftiger

in den Handereien, Bratereien u. Marinier-
aufhalten beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
am Dienstag, den 1. Oktober 1907
abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Das Gelingen künftiger Beschlüsse ist erwünscht.

Der Einberafer.

Jack's Familien-Musik-Instrumente

Phonographen, Grammophone, Spieldosen, Zithern,
Mandolinen, Harmonikas etc. sind überall beliebt.

Verkauf zu Original-Fabrikpreisen.

Musikhaus Jack, Königstrasse 96.



Geschäfts-Verlegung.

Meiner werthen Kundschaft zur Nachricht, dass ich mit dem heutigen Tage mein

Fahrrad- und Nähmaschinen-Geschäft
nebst Reparatur-Werkstatt

von Schwartauer Allee 35 nach Schwartauer Allee 99 verlege.

Otto Dortmund, Schwartauer Allee 99.



ist der Margarine-Handel. Wer mit seiner Bezugsquelle unzufrieden ist, mache einen Versuch mit meinen feinen Qualitäten, No. 1.15, 1.25, 1.35. Jeder Versuch führt zu dauernder Kundschaft.
Obertrave 8. Ludwig Hartwig.
Sie erhalten „Lubeca“-Margarinemarken.

Schlutup.

Gasthof zur Linde.

S. Carlsson Wwe.

Son 1.-15. Okt. Som 1.-15. Okt.

Täglich Konzert

der bairischen Kapelle

„Alpenveilchen“

Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Stg.

Diese Woche ausgestellt:
Reise in der sonnigen

Pfalz am Rhein.

Verein der Musikfreunde.

Sonntag, den 2. Oktober 1907,

abends 8 Uhr

im Kolosseum: Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.

Solist: Herr Konzertmeister Carl Schwabe.

Zur Ausführung kommen u. a.:

Ouverture zu Egmont L. von Beethoven.

In Memoriam Peer Gynt Suite Nr. 1 op 46 G. Grieg

gest. den 4. September 1907.

Intermezzo aus Hoffmanns Erzählungen J. Offenbach.

Zentral-Verband der Fleischer und Metzgermeister Deutschlands. (Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder- Versammlung

am Mittwoch, den 2. Oktober
abends 8 1/2 Uhr präzis

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Zugabeordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Das Gelingen künftiger Beschlüsse ist erwünscht.

Der Vorstand.

Hansa-Theater

Lübeck.

Eröffnung der Variété-Saison

Dienstag, den 1. Oktober

mit einem

sensationellen Programm:

Gastspiel von

Ruth Saint Okmé

Hindu-Tempel Sängerin und Tänzerin.

Jacques Bronn, Humorist.

Brothers Hermance, Akrobaten.

Alfredo Trentanovi

mit seinen Wunder-Dabuin als Jockey

zu Pferd.

Leopold und Falconi, Duett.

Derrington-Troupe

Die bedeutendste Radfahrer-Truppe

des XX. Jahrhunderts.

Trudy Schadow, Soubrette.

Nelly Irmen, Violinvirtuosin.

Signorina Verera,

die italienische Nachtigall von der Akademie

für Musik „Sticilia, Rom“.

Greenbaum's Hansa-Bioscope.

Gr. Kinematogr.-Attraktion von 1907.

Allgemeinen Wünschen entsprechend sind

die Eintrittspreise für die Variété-Vor-

stellungen ermäßigt; wie folgt:loge 3 Mk.,

Fauteuil 2 Mk., Sperrst. 1.50 Mk., Parkett

und Seitenparkett 1 Mk., Parterre und

Seitenparterre 80 Pfg., Mittelbalkon

1 Mk., I. Balkon 80 Pfg., II. Balkon

60 Pfg., Gallerie 40 Pfg.

Vorverkauf nur bei Sager.

Stadt-Theater.

Direktion: Ludwig Piorkowski.

Dienstag den 1. Oktober, 7 Uhr:

3. Abonnem.-Vorst. 1. Dienst.-Abonn.

Mit neuer Ausstattung!

Lohengrin.

Große romant. Oper in 3 Akt. v. Wagner.

Dirigent: Kapellm. Herm. Abendroth.

Mittwoch den 2. Oktober:

Zum zweiten Male

Goldfische.

Billets sind bereits bei F. W. Sabel

Breitestr. u. an der Theaterkasse zu haben.